

b unabhängige **auernstimme**

Februar 2006

Nummer 286 – K 12858 / 3,00 €

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern



Foto: Burmann

Auf Partnersuche

Partnerschaft

Minister Seehofer plädiert für das Prinzip Partnerschaft. Was das bedeutet bei Gentechnik, Käfigverbot oder den Haushaltsberatungen ließ er nur vermuten. **Seite 3**

Profiteure

Andere EU-Länder machen es vor: Sie veröffentlichen, wer wie viel Zahlungen bekommt. In Deutschland müssen die Steuerzahler noch auf die Medien setzen. **Seiten 2, 12-13**

Paroli

Im Heimatkreis von Minister Seehofer haben über 2.000 Bauern erklärt, dass sie keine gentechnisch veränderten Pflanzen anbauen wollen. Verarbeiter freuen sich. **Seite 14**

Die Seite 3

Auf dem Weg zur echten Partnerschaft 3
Minister Horst Seehofer im Vieleck der Kräfte

Agrarpolitik

Rinder-Exportsubventionen beendet 4
Rehhahn stolpert über Agrarfabriken 4
Maissüße und gentechnikfreie Nachbarschaft 5
Auf der Grünen Woche startete die Aktion „Bantam-Mais“
Schwung für gentechnikfreie Regionen 5

Bewegung

„Da kommen Kühe um die Ecke“ 6
Agrarfabriken unerwünscht 8

Milch

Niederländer breiten Milchstreik vor 7
Interview mit Siete van Keimpema vom Niederländischen Verband

Existenzgründung

Von Milbenkäse und anderen Spezialitäten 10

Märkte

„Prostitution“ in der Fleischbranche 11
Ein Fernsehbericht klagt auch die Branchengrößen an

Schwerpunkt: EU-Agrargelder

Profiteure der EU-Agrarzahlungen 12
Der Einsatz der Agrarmittel ist ineffizient 13

Gentechnikfreie Landwirtschaft

Seehofers Wahlkreis erklärt sich gentechnikfrei 14

Nachbau

Kein Grund zur Klage 15
Brot mit Geschichte 15

Querfeldein

30 Prozent Zinsen im Bier 16

Regionen aktiv

Extensiv ackern nach Dortmunder Modell 17

Landleben

Zwei Stücke für die Seele 19

Weitere Themen

Aus Stall, Feld und Umfeld bei Dorothee Lindenkamp und Verena Schönenstein, **Seite 9** · Leserbrief, **Seite 18** · Treu zum Familienauftrag, **Seite 19** · Lesen, **Seite 20-21** · Anzeigen/Veranstaltungen/Kontakte, **Seite 6 und 22-23**

Inhaltsverzeichnis

Oft hege ich (beim Löschen meiner Spam-Mails) ja so meine Zweifel am Computerzeitalter, doch manchmal ist die weltweite Vernetzung per Internet auch brauchbar. So kann man sich seit kurzem auf der Seite www.farmsubsidy.org informieren, wie hoch die Zahlungen der EU aus der 1. Säule in verschiedenen Ländern Europas sind. So ist der größte Nutznießer in Dänemark nicht die Königin, sondern der Molkereieriese Arla-Food, der in 2004 für Einlagerung und Export von Milchprodukten 138 Mio. Euro erhalten hat. Ein kurzer Vergleich mit den Arla-Geschäftszahlen führt zu einem gewissen Arla-Aha-Erlebnis: Die Höhe des Arla-Konzerngewinns entspricht ziemlich genau den EU-Zahlungen. Meine nächste (Zufalls-)Recherche zeigt: Ein Bauer Lund aus dem dänischen Ort Vemb bekam für seinen Betrieb 1.781 Euro. Mein Gedanke: Davon wird er kaum gelebt haben, muss wohl ein Kleinbauer sein. Nun wird ja landauf landab darüber diskutiert, dass „die Landwirtschaft“ so viel Geld aus Brüssel erhält. Doch bereits diese beiden Zahlen zeigen, dass es sehr unterschiedliche Profiteure gibt.



Kommentar

Zahlen auf den Bildschirm

In der agrarpolitischen Diskussion melden sich laute Stimmen, die sagen: keine Veränderungen; Bestandsschutz, Finger weg von der ersten Säule. Schließlich habe es in den letzten Jahren mehrere grundlegende Reformen der EU-Agrarpolitik gegeben und bis 2013 solle nun Ruhe sein. Eine Diskussion über die Gelder wäre von Neid geprägt und würde die Landwirtschaft splitten. Irgendwie beschleicht mich das Gefühl, dass dieser Kanon vor allem von den jetzigen Profiteuren gespeist wird.

Nun gibt es aber Handlungszwang. Durch die Beschlüsse auf dem Dezember-Gipfel der EU Regierungschefs (Merkels Feuertaupe) wird das Geld knapp. Die absehbare Folge: Aus der EU-Kasse wird für die Programme der zweiten Säule 40 Prozent weniger nach Deutschland fließen. Dann sieht es duster aus um etliche Agrarumweltmaßnahmen, um Ausgleichszulage und Investitionsförderung. Deshalb hat der baden-württembergische Minister Peter Hauk völlig Recht, wenn er auf diese bedrohliche Situation hinweist und einen Zusammenhang herstellt zu den allgemeinen Direktzahlungen der ersten Säule. Er ruft den Vorschlag in Erinnerung, den Agrarkommissar Fischler vor der letzten Reform vorgelegt hatte und den seine Nachfolgerin Mariann Fischer-Boel jüngst wiederholte: Kappung der Zahlungen bei 300.000 Euro je Betrieb und Jahr. Diese Kappungsgrenze ist sicherlich nicht der Weisheit letzter Schluss; im Gegenteil: Die freiwerdenden Mittel würden nicht reichen, um den Verlust bei der zweiten Säule zu kompensieren, und außerdem vielen ostdeutschen Betrieben, die sich bemühen, möglichst viel Menschen in Arbeit auf dem Lande zu erhalten, den Todesstoß versetzen. Aber das Signal ist richtig: Lasst uns über die Wirkungen und die gesellschaftliche Akzeptanz der Direktzahlungen sprechen!

Wer darüber sprechen will, der muss vor allem eines bewerkstelligen: Die Zahlen auf den Tisch legen. Nur Mut, Herr Seehofer, andere EU-Länder machen das längst vor, ohne dass es zu Tumulten gekommen wäre.

Es geht dabei um das berechtigte Interesse von Landwirten und Steuerzahlern zu erfahren, wohin ihr Geld geht, in bäuerliche Betriebe, zu Agrarsubventionsoptimierern oder in den nachgelagerten Bereich à la Arla.

Martin Hofstetter,

Agrarökonom an der Uni Kassel und Mitglied im ABL-Bundesvorstand

Meldung des Monats

Die Reform der europäischen Zuckermarktordnung ist formell noch nicht einmal in rechtlich trockenen Tüchern, da geben die Protagonisten des eingeschlagenen Reformweges, die EU-Kommission und die deutsche Bundesregierung zu, dass die Reform in den ersten Jahren nicht ausreicht, um die durch das WTO-Urteil verbotenen Zuckerexporte zu verhindern. Um dann zu verhindern, dass die schon vollen Interventionslager der EU aus allen Nähten platzen und das Reformwerk noch teurer wird, wollen Bundesregierung und EU-Kommission möglichst noch in diesem Februar die Zuckerquoten um wenigstens 10 Prozent kürzen. Vor allem die EU-Staaten, die im Zuge der Reform schon zum Teil mehr als die Hälfte ihrer Zuckerquoten verlieren werden, wehren sich gegen diese zusätzliche Kürzung. Aus ihrer Sicht sollen die Länder kürzen, in denen die Überschüsse produziert werden. *uj*

Impressum

b unabhängige
bauernstimme

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/905 31 71, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;

Redaktion: Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper, Mute Schimpf, Anne Brid Leonhardt, Siegrid Herbst; Tel.: 023 81/49 22 89, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: redaktion@bauernstimme.de;

Verlag/ Aboverwaltung: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de

Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)

Abonnementpreis: 36 € jährlich, verbilligt auf Antrag 26 € jährlich

Satz: Gebr. Wilke GmbH, Hamm

Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

Auf dem Weg zur echten „Partnerschaft“?

Bundesminister Horst Seehofer auf der Grünen Woche im Vieleck der Kräfte

Die Berliner Agrarszene sortiert sich noch. Ganz so klar, wie einige das erwartet – oder auch erhofft – hatten, sind die Verhältnisse noch nicht. Der Neue, Minister Seehofer aus Bayern, spricht noch besonders stark in Bildern. Dann sagt er zum Beispiel, dass ja nur der neue Parlamentarische Staatssekretär Peter Paziorek Politik auf seinem, Seehofers, Niveau betreiben könne, „schon allein von der Körpergröße her“. So begrüßte Seehofer die Gäste zum Minister-Empfang. Da überlegten schon wieder einige, vielleicht nicht ganz so groß Gewachsene, ob das mehr als ein Scherz sein sollte.

Inhaltlich hat der Minister aus Bayern nicht viel Neues verraten, weder wo er die 200 Millionen Euro kürzen will, die er dem Finanzminister Steinbrück versprochen hat, – nur, dass er sie kürzen muss, bestätigte er. Die „Chefgespräche“ laufen bis zum 20. Februar. „Wir müssen sparen! Deshalb gebe ich für keine Position die Garantie, dass sie unangetastet bleibt.“ Damit rückte Seehofer ab von früheren Äußerungen, dass er bei den Zuschüssen zu den Sozialversicherungen nicht sparen wolle. Für die Unfallversicherung allerdings versprach er eine Aufstockung der Bundesmittel um 50 Mio. auf wieder 200 Mio. Euro im Jahr. Wo er schon beim Haushalt war, nahm er auch gleich der breiten Medienkritik im Vorfeld der Grünen Woche Wind aus den Segeln, denn bei den Kürzungen werde es „keine Bestrafung für bestimmte Wirtschaftsweisen“ geben – soll heißen, kein einseitiges Streichen beim Ökolandbau.

„Miteinander nützt allen“

Dann wurde Seehofer grundsätzlich, fast philosophisch: Er wolle das Gegeneinander beenden, er sei gegen ein Entweder-Oder, sondern für ein Sowohl-Als-Auch. Das Hauptwort seiner vielen Ansprachen war deshalb Partnerschaft. In der Eröffnungsrede sagte er: „Wir sollten die Produktionsprofile unterschiedlicher Denkschulen – Ökobauern/konventionelle Bauern –, unterschiedliche Betriebsgrößen, unterschiedliche Absatzmärkte – national, regional, international – achten. Das Einzige, was ich nachhaltig vertrete, dass wir das

Gegeneinander beenden und vernünftig Partnerschaft miteinander pflegen. Das nützt den Ökobauern und den konventionellen Bauern.“

So richtig das klingt, so bleibt doch die Frage, wie diese Partnerschaft konkret gefüllt wird. Ist es der berühmte bayerische Weg oder CSU-Stil, allen etwas zu geben? Auch sonst konnte man bei Seehofers Rede an mehr denken als an den Posten eines Agrarministers. Es war keine Rede eines Fachministers, sondern eher eines Volksredners. Im Foyer war die Frage, was der Seehofer denn wohl noch vorhabe (in Bayern), nicht selten zu hören. Das große Plenum jedenfalls schien Seehofer mitnichten zu beeindrucken, eher Vergnügen zu bereiten. Da konnte er sich gut und gerne selbst als „Umschüler“ bezeichnen.

Geißel Bürokratismus

Ein agrarpolitisches Versprechen gab er dann doch noch. Er werde die Bürokratie angehen. Die sei „die Geißel unse-



Gute Stimmung und viel Prominenz hatte der NEULAND-Empfang in der Tierhalle der Grünen Woche zu bieten (v.l.n.r.): Niedersachsens Minister Heiner Ehlen, Bundesminister Horst Seehofer, Tierschutzbund- und Neuland-Präsident Wolfgang Apel, BMELV-Staatssekretär Gert Lindemann, EU-Kommissarin Mariann Fischer-Boel, Abl-Vorsitzender Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf und Vizepräsidentin des Tierschutzbunds Dr. Rusche. Fotos: DTSchB

rer Zeit, und zwar nicht nur in der Landwirtschaft“, sagte Seehofer. „Wir werden den Kampf fortführen. Das ist eines der Themen, das die Bauern draußen am meisten bewegt. Sie sagen: ‚Lasst uns wieder Bauern sein und nicht Bürokraten. Lasst uns die Gestaltungskraft der Landwirtschaft nutzen und nicht die der Paragrafen.“

Aus dieser Grundhaltung entwickelte Seehofer das Versprechen, dass er ab sofort alle EU-Vorgaben nur noch eins zu eins umsetzen werde. Jede Vorlage, die sein Haus verlasse, werde sich streng an den EU-Vorgaben orientieren. Was dann andere Verfassungsorgane, vor allem der Bundesrat, daraus machen, werde man sehen. Was das für die Schweinehaltungsverordnung heißt, ist offen. Verweigert Seehofer die Zustimmung – was er könnte –, wenn die Länder ihre Einigung vom Vorjahr wieder auf den Tisch legen? Will Seehofer das Käfigverbot von Ende 2006 auf 2012 verschieben, wie es die EU als spätesten Termin nennt?

Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV), Gerd Sonnleitner, war so sehr angetan von diesen Äußerungen, dass er auf dem DBV-Neujahrsempfang ein Loblied nach dem anderen auf die neue Politik im Bund anstimmte. Da gab ihm der Neue gleich einen kleinen Dämpfer: „Herr Sonnleitner, bleiben Sie doch bitte

„Wir werden nichts tun, was den Schutz von Umwelt und Menschen schädigt.“ Bei der Regelung der Haftung für Schäden, die durch den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen etwa bei Nachbarbetrieben entstehen, werde es

keine Schnellschüsse geben. „Wir werden jetzt erst mal die EU-Freisetzungsrichtlinie umsetzen.“ Über das andere – einschließlich der Haftungsregelung – wolle er ausführliche Diskussionen führen, bevor er an der geltenden gesetzlichen Regelung etwas ändere.

Diese Äußerung ebenso wie die zur Förderung des Ökolandbaus wurden allgemein als ein Zugehen auf diejenigen gesehen, die Seehofer mit Inter-

views um den Jahreswechsel herum noch gegen sich aufgebracht hatte. Nicht umsonst bezeichnete Prof. Hubert Weiger, Agrarsprecher des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), auf der Pressekonferenz des Agrarbündnis Seehofers Äußerung, er wolle die Gentechnik in der Landwirtschaft fördern, als eine Kampfansage an eine umwelt- und verbraucherfreundliche Landwirtschaft. Bioland-Vorstand Thomas Dosch sprach von einer „Wende von der Wende“, dabei brauche es mehr Agrarwende als weniger.

„Gentechnik fördern und beim Ökolandbau streichen“ war in den Medien als Seehofers neue Politik hängen geblieben. Nun hieß es, Seehofer sei zurückgerudert.

Der Abl-Vorsitzende Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf mahnte auf dem beeindruckenden NEULAND-Empfang, dass Partnerschaft davon lebe, dass beide Seiten in ihrer Existenz nicht gefährdet werden dürften. „Gentechnikfreiheit ist für uns eine der Qualitäten, und unsere Betriebe leben von der Ausrichtung auf Qualität. Schäden durch Gentechnikanbau sind deshalb für uns keine ideologische Frage, sondern es geht dann sofort um unsere Existenz“, so der Abl-Vorsitzende. Partnerschaft habe folglich auch irgendwo Grenzen. „Die Koexistenz zu sichern, das fordern wir von Ihnen.“



Partnerschaft muss Qualität achten, meint Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf.



Das sei gelebte Partnerschaft, lobte Minister Seehofer das Neuland-Programm.

Frauen kämpfen um Dorfhühner

Türkische Frauen der Region Cildir an der Grenze zu Georgien haben sich Inspektoren und Schlachtern in den Weg gestellt, die im Auftrag der türkischen Regierung alle Hühner, Gänse und Enten in den Dörfern zum Töten abtransportieren wollten. „Die Frauen in der Stadt können arbeiten und bleiben so unabhängig von ihren Männern“, wird eine der protestierenden Bäuerinnen in den Medien zitiert. „Wir haben nur unsere Gänse. Die verkaufen wir. Das gibt uns ein wenig Unabhängigkeit.“ Die Regierung in Ankara dagegen hat dem Dorfgeflügel den Krieg erklärt. Man müsse die private Tierhaltung völlig aufgeben, zitiert die *Süddeutsche Zeitung* (SZ) den Minister Recep Akdag. Das Notprogramm der Regierung vom 20. Januar aber unterstützt vor allem die industriellen Betriebe. Es reiche „von Steuernachlässen bis zur Stundung der Stromrechnung“, so die SZ. Für das getötete Freilauf-Geflügel gibt es nur eine Einmal-Entscheidung von rund drei Euro pro Huhn, 12 Euro je Gans und 15 Euro je Truthahn. „Hier leben doch alle von ihren Tieren. Hühner, Enten und Gänse sind Teil des Dorflebens. Wie kann man denn einfach alles Geflügel abschaffen?“ fragt eine Bäuerin den Reporter der SZ. pm

Kaum Risiko durch Vogelzug

Mehrere ausgewiesene Vogelkundler haben gegenüber der *Berliner Zeitung* (BZ) das Risiko für äußerst gering eingeschätzt, dass die bald aus ihren Winterquartieren zurückkehrenden Zugvögel den Vogelgrippe-Virus H5N1 nach Deutschland bringen könnten. „Der geplante Stallzwang ist übertrieben“, sagte Ulrich Köppen, Vogelzugexperte der Vogelwarte Hiddensee. Es komme zwar ein Viertel der Zugvögel zwischen Februar und Mai aus dem Osten, also aus Gebieten, in denen die Vogelgrippe grassiert. Doch sei ein intensiver Kontakt der scheuen Vögel mit möglicherweise infiziertem Geflügel kaum vorstellbar. „Die Gefahr durch illegale Importe oder Reisende aus der Türkei ist um ein Vielfaches größer als durch Zugvögel“, sagte er. Auch Franz Bairlein, Direktor des Instituts für Vogelforschung und der Vogelwarte Helgoland, hält das Risiko für „außerordentlich gering“. Das Virus sei bislang noch kein einziges Mal bei einem klinisch gesunden Wildvogel gefunden worden, sondern nur bei kranken oder toten Tieren, so Bairlein. Peter Berthold vom Max-Planck-Institut für Ornithologie mit der Vogelwarte Radolfzell sagte der BZ: „Die Wahrscheinlichkeit, dass die Vogelgrippe zu uns gebracht wird, liegt zu 99 Prozent im Bereich der Übertragung durch den Menschen.“ Er halte die Stallpflicht für sinnlos. DBV-Präsident Sonnleitner hat dagegen eine Stallpflicht „wie im Herbst“ gefordert. pm

Vorerst keine neuen Haftungsregeln

Die Pläne im Koalitionsvertrag von Union und SPD, die Haftung für Gen-Pflanzen anbauende Landwirte abzuschwächen, werden vor der kommenden Aussaat nicht realisiert. Die EU-Kommission in Brüssel droht aber ab Ende Februar mit 900.000 Euro Strafgeld am Tag, wenn die noch fehlenden EU-Vorgaben nicht umgesetzt sind. Doch wird dafür nicht der erste Teil des Gesetzes aufgeschnürt. Gesamtschuldnerische und verschuldensunabhängige Haftung bleiben zum Schutz der Mehrheit der Bauern zunächst erhalten. Die Bundesregierung hat von der Gentechnik-Industrie einen Korb bekommen. Sie will in keinen Haftungs- oder Ausgleichsfonds einzahlen, weil sie keinen internationalen Präzedenzfall schaffen wolle. Nun versucht die Koalition im Zuge der schnellen noch ausstehenden EU-Rechts-Umsetzung die Informationsrechte für die Öffentlichkeit zu beschneiden. Sollte wieder ein illegaler Mais wie Bt10 von Syngenta auftauchen, würde davon kaum noch jemand erfahren. ms

Gentechnik-Industrie gefährdet Maisregion

Beim Blick ins Standortregister sind Bauern und Vermarkter in den Körnermaisregionen am Oberrhein und im niederbayerischen Degendorf erschrocken. Ausgerechnet in den Körnermaisregionen in Deutschland treiben Monsanto und Pioneer den Anbau von Gen-Mais voran. Dabei wissen alle Produzenten, dass die garantierte Gentechnikfreiheit Voraussetzung ist, um die Körnermais-Ernte verkaufen zu können. Einige der Flächen wurden inzwischen wieder zurückgezogen. Bundesweit sind 74 Standorten mit 963 Hektar Anbau gemeldet, wovon über 500 Hektar in Brandenburg liegen. Unter www.standortregister.de kann sich jeder informieren, wo der Anbau geplant ist. ms

Kurzes am Rande

Rinder-Exportsubventionen beendet

Zum Jahresende ein Erfolg nicht nur für den Tierschutz

Weihnachten im Rinderstall: Genau am Heiligen Abend hat die EU-Kommission entschieden, keine Exporterstattungen mehr für Schlachtrinder zu zahlen. Seit Jahren standen die subventionierten Ausfuhren lebender Schlachtrinder aus der Gemeinschaft und die dabei immer wieder auftretenden Tierschutzprobleme in der öffentlichen Kritik.

Nach Angaben der Kommission sind 2004 knapp 200.000 lebende Tiere aus der EU ausgeführt worden. Die meisten wurden in den Libanon transportiert, der Rest nach Ägypten. Die Exporterstattungen beliefen sich dafür auf 28 Millionen Euro. Deutschland ist EU-weit einer von drei führenden Exporteuren.

Wolfgang Apel, Präsident des Deutschen Tierschutzbundes, spricht von einem „Riesenerfolg“. Nach Einschätzung der ZMP würde ohne Subventionen kaum noch Lebvieh in Drittländer exportiert. Aller-

dings ist zu befürchten, dass diese Exportlücke künftig mit Importen etwa aus Brasilien gefüllt wird.

Der Deutsche Bauernverband hat die Motive der EU-Kommission zur Abschaffung

der Exportsubventionen für lebende Schlachtrinder zwar als nachvollziehbar bezeichnet, aber „die Kurzfristigkeit der Entscheidung“ kritisiert. Auf dem NEULAND-Empfang im Rahmen der Grünen Woche schilderte Bundesminister Horst Seehofer den Ablauf der Entscheidung. Auf der vorweihnachtlichen Agrarminister-tagung in Brüssel habe EU-Kommissarin Fischer-

Boel das Thema kurzfristig zur Entscheidung gestellt. Für Deutschland habe Staatssekretär Gert Lindemann das Wort ergriffen und Zustimmung signalisiert, wenn die Förderung des Zuchtrinder-Exports ausgenommen würde. So ist es dann gekommen.

bt/uj



Rehhahn stolpert über Agrarfabriken

Ehemaliger Minister fliegt beim SPD-Parteitag Sachsen-Anhalt durch

Der ehemalige SPD-Agrarminister von Sachsen-Anhalt, Dr. Helmut Rehhahn, hat beim Versuch eines politischen Comebacks eine herbe Niederlage erlitten. Rehhahn bekam beim SPD-Parteitag bei seiner Kandidatur für Platz 25 der Landesliste für die anstehenden Landtagswahlen nur 32 Stimmen, sein Herausforderer Jürgen Barth dagegen 65. Der Parteivorstand hatte Rehhahn vorgeschlagen, weil dieser als „Landwirtschaftsexperte“ gelte.

Der „Landwirtschaftsexperte“ Rehhahn war 1996 in Zusammenhang mit der so genannten „Fördermittellaffäre“ nach nur zwei Jahren Amtszeit als Agrarminister zurückgetreten. Die damals oppositionelle CDU hatte ihm vorgeworfen, sein Ministeramt für persönliche Interessen missbraucht zu haben, um einen zu Unrecht gewährten Zuschuss für seinen Agrarbetrieb in Höhe von 323.000 DM nicht zurückzahlen zu müssen. Er habe in dieser Sache persönlich auf die Entscheidung seiner Verwaltung Einfluss genommen, so ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss des Landtags.

Nach diesem Abtritt wurde Rehhahn rasch mit seiner Firma UBM als „Unternehmensberater“ aktiv, der agrarindustriellen Investoren bei der Realisierung ihrer Agrarfabriken (siehe Seite 8 dieser Bauernstimme)

half: so den Niederländern van Gennip in Mahlwinkel und in Hassleben (85.000 Schweine), den Gebrüder van Nooren in Allstedt (95.000 Schweine), außerdem bei Anlagen für 20.000 Schweine in Jessen (Kreis Wittenberg) und bei Zerbst. Da klingt es schon mehr als zynisch, wenn Rehhahn die Wähler auf seiner Internetseite dazu aufforderte: „Lassen Sie uns gemeinsam unsere Region lebens- und lebenswert gestalten!“

Rehhahns Agrarindustrie-Lobbyismus stößt nicht nur bei vielen Bürgern und Bürgerinitiativen auf heftigen Widerstand. Der SPD-Kandidat für den Wahlkreis Querfurt, Thomas Spiegel, organisiert laut Mitteldeutscher Zeitung innerparteilich den Widerstand gegen Rehhahn. Denn auch in weiten Kreisen der SPD hat sich Rehhahn damit unbeliebt gemacht, dass er „Politik gegen die Leute macht“.

Rehhahn will nach seinem Scheitern bei der Landesliste nun direkt im Jessener Wahlkreis 25 antreten (auch dort treibt er ein Mastanlagen-Projekt voran). SPD-Spitzenkandidat Bullerjahn äußerte dazu, Rehhahn müsse aus seinem Beruf ausscheiden, wenn er in den Landtag kommen sollte. Rehhahn kündigte an, er bereite derzeit ohnehin „den Rückzug“ aus seiner Beratungsfirma vor. en

Maissüße und gentechnikfreie Nachbarschaft

Auf der Grünen Woche startete die Aktion „Bantam-Mais“

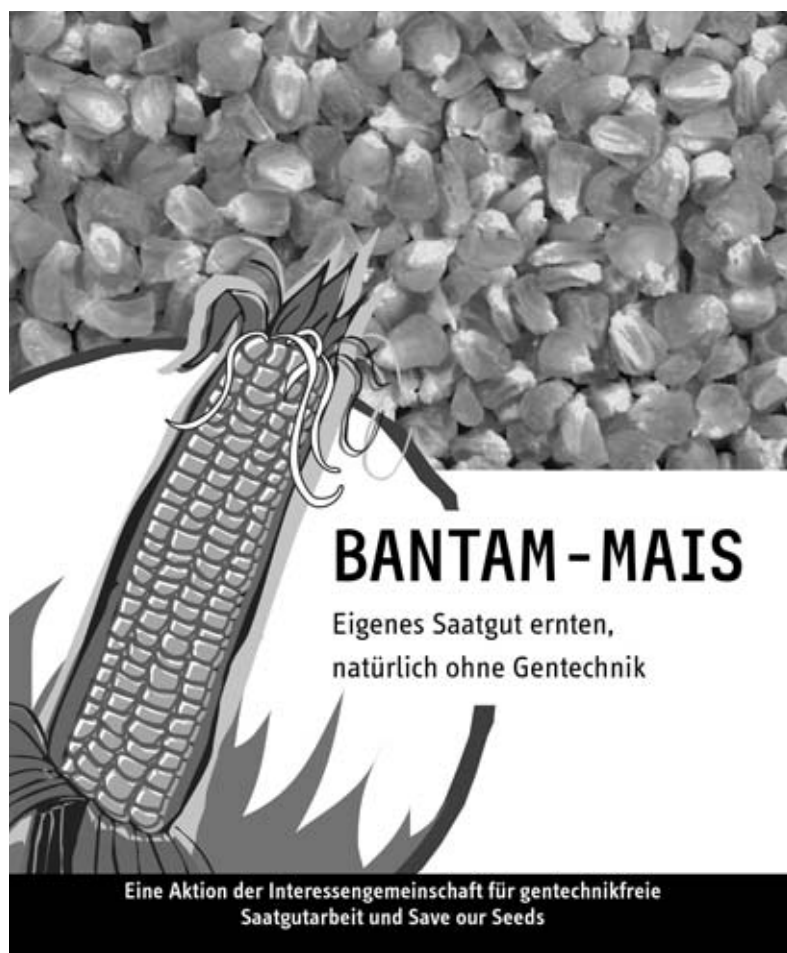
Bantam-Mais“ ist nicht nur eine Maissorte. In Berlin startete unter dem Titel eine bundesweite Kampagne: In diesem Frühjahr soll bundesweit an 100.000 Orten dieser gentechnikfreie Süßmais ausgesät werden, um damit das Recht auf gentechnikfreie Landwirtschaft und Saatguterzeugung zu demonstrieren. Wer den Mais aus der kleinen Tüte (siehe Beilage zu dieser Bauernstimme) aussät, der hat ein Interesse daran, dass der in der Nachbarschaft ausgebrachte Mais ebenfalls gentechnikfrei ist. Es geht darum, den Schutz vor gentechnischen Verunreinigungen auf dem eigenen Feld oder auch im eigenen Garten einzufordern und zu untersuchen, welche Schutzmöglichkeiten die Praxis bietet. Trägerinnen der Aktion sind die „Interessengemeinschaft für gentechnikfreie Saatgutarbeit“ und „Save our Seeds“, gestützt von einem breiten Bündnis gentechnik-kritischer Organisationen, darunter auch die AbL. Unter den unauffälligen Kürzeln DKc 3421 YG, PR39V17, PR38F71 bewerben Saatgutkonzerne in Beilagen zu Wochenblättern derzeit Maissorten gegen „Probleme mit dem Maissüßler“. Bekannt ist das gentechnische Konstrukt dieser Sorten: Mon 810. Diese Maissorten wurden gentechnisch so verändert, dass sie ein Gift produzieren, das unter anderem für Larven des Maissüßlers tödlich ist. Im Dezember hatten diese Sorten die unbegrenzte Zulassung vom Bundessortenamt erhalten. Nun zeigt der Blick ins öffentliche Stand-

ortregister (www.standortregister.de), dass über ganz Deutschland verteilt 47 Standorte für den Anbau angemeldet wurden (Stand 20.01.2006). Schwerpunkte finden sich in Brandenburg und Bayern. Doch noch haben sich die Betriebe, die Standorte gemeldet haben, nicht entschieden. Sie müssen sich ungeklärten Fragen und Risiken in der Nachbarschaft stellen.

Der drohende gentechnische Anbau trifft jene, die gentechnikfreien Mais für gewerbliche oder private Zwecke anbauen wollen: Muss eine gentechnische Verunreinigung des eigenen Anbaus geduldet werden? Auf welche Schutzmaßnahmen besteht Anspruch? Welcher Schutz und welche Kennzeichnungspflicht bestehen für Mais, der in einzelnen Kolben verzehrt oder verkauft wird?

Besonders betroffen sind diejenigen, die privat im Hausgarten oder professionell gentechnikfreies Maissaatgut von samenfesten Sorten erzeugen wollen: Wie kann freie Saatgutvermehrung unter der Gefahr gentechnischer Verunreinigungen gesichert werden? Wer hat Kosten z. B. für Untersuchungen oder zusätzliche Schutzmaßnahmen zu tragen?

Um diese und weitere Fragen zu klären, will die Aktion Bantam-Mais möglichst viele Menschen dafür gewinnen, den Süßmais „Golden Bantam“ bis April auszusäen und von der Ernte der samenfesten Sorte Saatgut zu vermehren. Wer Mais anbaut, kann vom Bundesamt für Verbrau-



cherschutz und Lebensmittelsicherheit personenbezogene Auskünfte über benachbarte Standorte von Gentechnik-Mais verlangen. Gemeinsam, so die Erwartung, lässt sich das Recht auf freien Anbau und Saatgutvermehrung besser durchsetzen.

Siegrid Herbst

Informationen: www.bantam-mais.de
Saatgutbestellung bei: „Save our Seeds“,
Marienstr. 19-20, 10117 Berlin

Schwung für Gentechnikfreie Regionen

Europäischer Austausch mit mutigen Griechen und geschädigten Spaniern

Bei uns verlieren Landwirte, die gentechnische Pflanzen anbauen, den Anspruch auf EU-Gelder.“ Das berichtete ein Vertreter aus Griechenland auf der 2. Berliner Konferenz der gentechnikfreien Regionen Mitte Januar. Die agrarpolitischen Kenner erfreute die mutige Initiative der südeuropäischen Regierung. Dort lehnen alle politischen Parteien und Bauernorganisationen den Einsatz der Gentechnik in der Landwirtschaft ab. Sie tragen es mit Fassung, dass Brüssel ihr komplettes Verbot der 17 gentechnisch veränderten Maissorten abgelehnt hat. Die griechischen Bauern unter dem Dach von Gesase prüfen ihrerseits eine Klage gegen Syngenta wegen verunreinigten Saatguts.

Zwei Tage lang diskutierten in Berlin über 250 Vertreter aus 35 Ländern über gentechnikfreie Regionen in Europa. Bauern,

Parlamentarier, Vertreter von Bundesstaaten, Umwelt- und Verbraucherorganisationen tauschten sich aus und prüften Strategien der nächsten Schritte. Mut gab der Erfolg der Schweizer Initiative für ein fünfjähriges Anbau-Moratorium. Nationalrätin Maja Graf erklärte ihren Ansatz, der die Mehrheit der SchweizerInnen bei einer Volksabstimmung überzeugte: „Wir haben die Stadt und das Land zusammengebracht. Die Bauern hängten auf ihren Höfen Fahnen mit dem Slogan ‘Wir produzieren gentechnikfrei’ auf. Die Städter bekannten sich ‘Wir kaufen gentechnikfrei’.“ Mit einem breiten Bündnis über alle politische Lager von Konservativen bis Grünen, Wissenschaftlern und Bauern erreichten sie eine Zustimmung von 56 Prozent.

Spanien ist das einzige Land in der EU, das seit Jahren in großem Stile gentechnischen

Mais anbaut. In den kleinstrukturierten Regionen wurde seit 1998 ohne Register der Flächen gentechnischer Mais angebaut. Den Genossenschaften kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Sie verkaufen Saatgut, kaufen die Ernte auf, verleihen Maschinen und „beraten“ die Bauern. Mehrere Bauern mussten ihre Hofsorten nach jahrelangem Nachbau aufgrund gentechnischer Kontamination aufgeben. Auch mit dem neuen Gentechnikgesetz sehen die Bauern weitere Probleme, denn keiner will seinen Nachbarn verklagen.

Die Berliner Konferenz gab einen Eindruck von der Spannweite, wie in Europa an der Sicherung einer gentechnikfreien Landwirtschaft gearbeitet wird. Den Aktiven vor Ort gibt das weiteren Schwung.

ms

Durchgefallen

Die bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft kommt nach ihren Sortenversuchen zu einem vernichtenden Ergebnis für die drei neu zugelassenen gentechnischen Maissorten von Monsanto und Pioneer. Die beiden Pioneer-Sorten hatten schwache Erträge. Durch Vorgaben zur guten fachlichen Praxis seien diese Sorten „in Anbetracht dieser Hürden und der schlechten Akzeptanz solcher Sorten in der Öffentlichkeit ... ausschließlich eine Option für Regionen mit starkem Zünslerbefall und für Betriebe, die die Ware selbst trocknen und verfüttern können.“

„Da kommen Kühe um die Ecke, was soll ich tun?“

Aus dem Bauernblatt Juni 1986

Die Bauernstimme wird in diesem Jahr
30!
Diesmal blicken wir kurz zurück ins Jahr
1986.

Ein „normaler“ Tag in Bonn: Morgens in der Wirtschaftsdebatte stellt Minister Bangemann fest, dass die Voraussetzungen für einen wirtschaftlichen Aufschwung noch nie besser waren. Nachmittags erläutert Agrarminister Kiechle anlässlich der „Debatte um den Agrarbericht“ vor leeren Abgeordnetenbänken, dass die Bundesregierung über die schlechte Lage in der Landwirtschaft besorgt ist. (...)

Kuhspaziergang zum Bundestag

10.30 Uhr vor dem Bundestag. Busse halten, Besuchergruppen steigen aus, besichtigen das Gebäude. Unsere „Besuchergruppe“ umfasst 50 Bäuerinnen und Bauern. Wir laden in einer Seitenstraße acht Kühe und zwei Stroh-Rundballen aus und machen uns auf den Weg zum Bundestag. (...)

Vorbei an der Auffahrt zum Kanzleramt (...). Wir biegen rechts ab zum Deutschen Bundestag, wo uns viele Fotogra-

fen und Fernsehleute erwarten. Der wachhabende Polizist vor dem Parlamentsgebäude schaut ungläubig auf das, was auf ihn zukommt. Er setzt sein Sprechfunkgerät in Bewegung: „Da kommen Kühe um die Ecke, was soll ich tun?“ Antwort: „Sagen Sie, was geht da eigentlich vor, schildern Sie Genaues!“

Ich gehe auf ihn zu, beruhige ihn, sage ihm, dass wir den Abtransport schon vorbereitet haben. Das scheint ihn zu beeindrucken. Er gibt durch: „Der Abtransport ist schon vorbereitet.“ In der Zwischenzeit haben wir die Eingangstüren des Bundestages erreicht, umringt von Fotografen und freundlichen Besuchern, die sich erkundigen, warum wir hier sind. Wir halten kurze Ansprachen: „Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft und die Schutzgemeinschaft gegen Milchkontingentierung sind hier hergekommen, um deutlich zu machen, dass wir nicht mehr mit der Bonner Agrarpolitik einverstanden sind. Die Interessen kleiner und mittlerer Betriebe werden verkauft, für sie soll der Sozialplan erarbeitet werden.

Wir fordern eine neue Agrarpolitik, die umweltverträglich ist und unsere Existenz sichert.“

(...) Während wir den Journalisten in Interviews unsere Kritik an der herrschenden Agrarpolitik und unsere Alternativen dazu klarmachen, meldet sich der Einsatzleiter der Polizei: „Dies ist eine demonstrationsähnliche Aktion innerhalb der Bannmeile. Rollen Sie die Transparente ein und machen Sie den Eingang frei.“

Wir bemühen uns, einen vorbereiteten Brief an alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages zu überreichen. Die Annahme wird von der Bundestagsverwaltung verweigert. Von einigen Anwesenden werden die Personalien festgehalten, die Atmosphäre zwischen uns und den Polizisten ist betont locker und freundlich. (Spätere Rundfunk- und Fernsehmeldungen, die von „wegdrängen“ und „Auflösen der Demonstration“ sprechen, sind frei erfunden, der Verfasser.)

Der Staatssekretär kommt

Staatssekretär Gallus verlässt das Parlamentsgebäude, sofort ist er von uns um-

ringt (...). Gallus wendet und windet sich: „Die FDP war schon immer gegen die Quotenregelung, Minister Kiechle kämpft in Brüssel für euch Bauern, es gibt doch viele Bauern, die 55 Jahre sind, keinen Nachfolger haben und froh sind, wenn sie in den Vorruhestand gehen könnten. Warum sollen Landwirte keine Golfplätze anlegen?“ (...) Ein Bauer hält Gallus einen Dreschflügel entgegen. „Wollen Sie mich damit schlagen?“ fragt der Staatssekretär, verlegen lächelnd. „Nicht schlagen, sondern Beine machen für eine bessere Agrarpolitik“, hält ihm der Bauer entgegen (...). Wir treten geordnet den Rückzug an, schnell noch ein Interview, ansonsten lockere Gespräche mit den zirka zwölf Polizisten, die uns zum Viehtransporter begleiten und den Verkehr regeln. Mit einer Abschlussbesprechung, einem gemeinsamen Mittagessen und einer guten Stimmung ging unsere Aktion zu Ende.

Georg Janßen

Nürnberg, Germany
16. – 19.2.2006

BioFach 2006

Hier trifft sich die Biowelt
Where organic people meet

Weltleitmesse für Bio-Produkte
World Organic Trade Fair

Ökolandbau bringt reiche Ernte. Tipps, Trends, Fakten finden Sie auf der BioFach!

Der Appetit auf Bio wächst. Wie sieht die Zukunft des Ökolandbaus aus? Die BioFach informiert Sie über internationale Trends, Erfahrungen und Methoden. Hier trifft sich die Biowelt! Unter der Schirmherrschaft der IFOAM präsentieren über 2.000 Aussteller das Weltangebot an Bio-Produkten, bis hin zu landwirtschaftlichen Betriebsmitteln und Vermarktungsbedarf. Infos zu Messe und begleitendem Kongress: www.biofach.de

Veranstalter
Nürnberg Messe
Tel +49 (0) 9 11 . 86 06-49 09
Fax +49 (0) 9 11 . 86 06-49 08
besucherinfo@nuernbergmesse.de

Schirmherr der BioFach
IFOAM
International Federation of
Organic Agriculture Movements

NÜRNBERG MESSE

Niederländer bereiten Milchstreik vor

Interview mit Sieta van Keimpema vom Niederländischen Milchviehhalter-Verband

Bauernstimme: *top agrar* hat behauptet, dass der Milchstreik in den Niederlanden kein Thema mehr sei. Ist da was dran?

Van Keimpema: Nein, ganz im Gegenteil. In den letzten zwei Wochen haben wir eine Umfrage unter den Milchbauern gemacht. Auf die Frage nach Möglichkeiten zur Einflussnahme auf den Milchpreis haben 40 Prozent den Milchlieferstreik angegeben. Weitere 40 Prozent gaben an, zunächst ver-



Sieta van Keimpema, Vorstandsmitglied der Niederländischen Milchviehhalterorganisation NMV und Mitglied des Koordinierungsrates des europäischen Milchviehhalternetzwerkes „European Milk Board“ EMB.

Foto: NMV

handeln zu wollen. Der Zulauf zu unseren Veranstaltungen über das „Dutch Dairy Board“ (siehe unten) ist sehr gut. Doch viele der Politiker und Zeitungsmenschen bekommen gar nicht mit, was wirklich in der Milchviehhaltung passiert.

Wie ist denn Ihre Situation?

Heute gibt es in den Niederlanden nur noch zehn Prozent der Milchviehbetriebe, die es 1950 gab. Wir arbeiten hart und verdienen noch immer dasselbe wie 1950. Die Durchschnittsarbeitszeit von Milchbauern liegt inzwischen bei 70 Stunden pro Woche und doch reicht das Einkommen nicht aus. Durch unsere Bündelung wollen wir wieder kostendeckende Preise erreichen; sie sind gut für die Bauern und für die Verbraucher, die sich auf eine gute Qualität der Milch und der Produktionsformen verlassen können.

Was ist das Dutch Dairy Board?

Das Dutch Dairy Board bündelt die Milchviehhalter mit dem Ziel, höhere Milchpreise zu erreichen. So viele Milchviehhalter wie möglich wollen wir dabei haben, unabhängig davon, an welche Molkerei sie

liefern oder bei welchem Agrarverband sie Mitglied sind. Wenn über 50 Prozent der Milchviehhalter mitmachen, sollen von Vertretern des Dutch Dairy Board Verhandlungen über einen Basismilchpreis mit den Managern aller Molkereien geführt werden. Damit ein dauerhaft guter Milchpreis erzielt werden kann, ist es notwendig, dass der Preis europaweit steigt. Deshalb hängt der Beginn unserer Verhandlungen auch vom Stand der Mobilisierung in den anderen europäischen Ländern ab. Einige sind bereits weiter als wir.

Warum sind Sie so optimistisch, dass ein europaweiter Milchlieferstreik funktionieren kann?

Weil er der beste Weg zu einem höheren Milchpreis ist. Er ist das Instrument, mit dem wir unsere Forderungen durchsetzen können, wenn die Verhandlungen scheitern. Ein solcher Milchstreik muss beim ersten Mal klappen und es müssen viele mitmachen, nur dann hat er Sinn. Deshalb bereiten wir ihn gut vor. Das Entscheidende ist, dass allen klar ist, warum der Milchstreik das richtige Instrument ist. Wissend, was und warum es notwendig ist, werden die Bauern in Europa mitmachen. Der Austausch auf europäischer Ebene ist hierfür sehr wichtig. Deshalb haben wir den European Milk Board (EMB) gegründet.

In Deutschland diskutieren einige jetzt die Zukunft der Milchquote. Was ist Ihre Position?

Unser Agrarminister fordert, die Quote abzuschaffen, weil sie angesichts der sinkenden Milchpreise und des Abbaus der Exportsubventionen keinen Sinn mehr habe. Doch für stabile Preise brauchen wir Produktionsmengen, die der Nachfrage nach Milch entsprechen, und hierfür brauchen wir die Quote. Viele Milchbauern sind für den Erhalt der Milchquote und weisen die geplante Erhöhung um 1,5 Prozent zurück. Sie führt zu noch mehr Milch am Markt. Andererseits wird die Quote in diesem Milchwirtschaftsjahr in den Niederlanden wahrscheinlich nicht voll ausgeschöpft, so dass sich die Erhöhung kaum bemerkbar machen wird. Generell sind wir dafür, dass die Saldierung völlig abgeschafft wird.

Vielen Dank für das Gespräch

Sonja Korpeter

Kurzes am Rande

Bio-Milch-Preis 2005 stabil

2005 ist der Erzeugerpreis für konventionell produzierte Milch im Bundesdurchschnitt von 29,4 Cent/kg auf voraussichtlich 28,8 bis 29,0 Cent/kg gesunken. Für Bio-Milch erlösten die Bauern dagegen genauso viel Geld wie im Vorjahr: Im Schnitt erhielten sie nach vorläufigen Berechnungen der ZMP für Bio-Milch wiederum 34,4 Cent/kg (bei 4,2 Prozent Fett, 3,4 Prozent Eiweiß). Laut ZMP fiel der konventionelle Milcherzeugerpreis damit wesentlich geringer aus, als dies aufgrund der Reformen der EU-Milchmarktordnung zunächst angenommen worden sei. Die Verbraucherpreise für Milchprodukte im Handel blieben bei konventionellen Produkten auf dem Vorjahresniveau, während sich die Preise für Biomilchprodukte im Jahresverlauf 2005 leicht erhöhten. Für frische Vollmilch aus konventioneller Produktion mit mindestens 3,5 Prozent Fett, in Kartonverpackung, zahlten die Verbraucher wie im Vorjahr im Bundesschnitt aller Geschäftstypen 57 Cent je Liter. Bei Biomilch betrug dieser Preis 87 Cent, drei Cent mehr als 2004. *pm*

Billa unterläuft Vereinbarungen

Die Supermarktkette Billa hat ihren Kunden im Rahmen der Aktion 1+1 gratis die holländische Butter „Campina“ zum Discountpreis angeboten. Mit dieser Aktion hat Billa die Vereinbarung mit den Milchbauern, bei sensiblen Produkten Mindestpreise nicht zu unterschreiten, gebrochen. Bei Butter liegt dieser Preis bei 99 Cent je 250 g. „Dies ist ganz klar gegen unsere Absicht, die österreichische Landwirtschaft gegen einen unfairen Wettbewerb zu schützen, um die Vielfalt und naturverbundene Wirtschaftsweise zu erhalten,“ sagte Ernst Halbmayr von der IG-Milch. Inzwischen hat die Supermarktkette die Aktion abgebrochen. Doch die IG-Milch will sich damit nicht zufrieden geben. Der Verband fordert eine Wiedergutmachung für den Schaden, der den österreichischen Bauern durch diese Aktion entstanden sei. 5.236 Euro soll der Konzern zahlen, einen Euro je IG-Milch-Mitglied. *sk*

Demokratie im Milchsektor gefordert

120 Mitglieder der französischen Confédération Paysanne haben vom 10. bis 11. Januar das „Haus der Milch“ in Paris besetzt. Sie forderten die Zulassung von Milchvertretern ihres Verbandes zu Sitzungen des CNIEL, dem nationalen Milchgremium, in dem die Milchpreisvereinbarungen getroffen werden. Die Beiträge zum CNIEL muss jeder Milchviehhalter bezahlen (1,66 €/t). Auf Erzeugerseite sind in diesem Gremium jedoch nur Mitglieder der FNPL, dem Milcherzeugerzweig der FNSEA vertreten. Die Einrichtung eines Beobachterstatus ist im Gespräch. Die Confédération Paysanne hofft auf eine zeitnahe, positive Entscheidung, denn die Verhandlungen über ein neues nationales Milchpreisabkommen stehen unmittelbar bevor. *sk*

Saldierung wird eingeschränkt

Der Agrarausschuss des Bundesrates hat den Vorschlägen der unionsregierten Länder für eine Veränderung der Milchabgabenordnung zugestimmt: Die Ausschüttung der zusätzlichen EU-Milchquoten (1,5 Prozent) soll ab dem 1. April in drei Jahresschritten erfolgen. Jeder Milchviehhalter erhält jeweils jährlich 0,5 Prozent seiner Referenzmenge zusätzlich. Außerdem soll die Molkereisaldierung (Verrechnung von Über- mit Unterlieferungen anderer Betriebe) auf maximal 10 Prozent der einzelbetrieblichen Quote beschränkt werden. Am 10. Februar fällt im Bundesrat die endgültige Entscheidung. Ab dem 1. April 2007 sollen im Gegenzug die Übertragungsgebiete für den Quotenhandel zu zwei Gebieten (alte und neue Bundesländer) zusammengefasst werden, empfiehlt der Bundesratsausschuss dem Gesetzgeber. Darüber wird erst später entschieden. *sk*

Geflügel billiger, Rindfleisch teurer

Die Ladenpreise für Schweinefleisch, das in Deutschland mit Abstand am häufigsten auf den Tisch kommt, blieben im Bundesdurchschnitt aller Geschäftstypen fast durchweg etwa auf Vorjahresniveau. Geflügelprodukte wurden zum Teil stark verbilligt angeboten. Putenschnitzel waren 2005 mit durchschnittlich 5,69 Euro/kg über elf Prozent billiger als 2004, Hähnchenschenkel gaben von 2,38 Euro im Schnitt auf 2,15 Euro/kg nach. Beim Rindfleisch zogen die Einzelhandelspreise dagegen an; am deutlichsten zu erkennen beim Rindersuppenfleisch, das gegenüber 2004 um 5,5 Prozent auf rund fünf Euro/kg anzog, wie die ZMP mitteilte. *pm*

„Schweinekrieg“ in Kentucky

Auch in den USA gibt es im Widerstand gegen Agrarfabriken keine Ruhe. Mit einem „Schweinekrieg“ wehren sich in Kentucky viele Bürger und Gemüsebauern gegen die Pläne des Agrarindustriellen Jimmy Tosh, 50 neue Schweineställe mit insgesamt 144.000 Plätzen zu bauen. Auch der größte US-Schweinehalter Smithfield Foods scheint angekratzt, die Zahl seiner Sauen ging von 808.000 auf 798.000 Stück zurück. Smithfield expandiert derzeit allerdings massiv mit dem Bau von Sauenanlagen und Schlachtfirmen in Polen und Rumänien – auch dort gibt es aber bereits Unmut in bäuerlichen Verbänden gegen das Vordringen der Agrarindustrie. *en*

Schluckt Vion auch Gausepohl?

Nachdem der niederländische Vion-Fleischkonzern in den letzten Jahren die Nordfleisch AG und jetzt auch die Südfleisch AG übernommen hat, will Vion nunmehr offenbar auch das Schlachtunternehmen Gausepohl Fleisch GmbH schlucken. Wie *agriholland* berichtet, arbeitet Heinz Gausepohl bereits seit Jahresbeginn als Regionalmanager bei der Vion-Firma in Kasel-Golzig. Gausepohl betreibt vier Schlachthöfe in Harsewinkel, Bakum, Heiligenstadt und Chemnitz mit einer Schlachtkapazität von täglich 1.200 Rindern und 6.000 Schweinen und einem Jahresumsatz von 470 Millionen Euro. Gausepohl hatte erst zu Jahresbeginn das westfälische Traditionsunternehmen Spengemann übernommen. *pm*

Bauer Traube gegen Atommüll-Lager

Stellvertretend für viele Tausend Atom-Gegner und gemeinsam mit der Stadt Salzgitter klagt Bauer Walter Traube derzeit vor dem OVG Lüneburg gegen das Atommülllager Schacht Konrad. Befürchtet wird, dass aus den ehemaligen Erzbergwerksstollen radioaktive Gase entweichen oder sogar ein schwerer Unfall passiert. Das Endlager liegt im Wahlkreis des jetzigen Bundesumweltministers Gabriel. *pm*

Landlose unter Verfolgung

Brasiliens Großagrarien-Lobby verstärkt nach einem Bericht im *Neuen Deutschland* den Druck auf die Bewegung der Landlosen MST. Fast jede Woche wird einer der MST-Aktivisten erschossen, seit 1985 starben 1.500 landlose Bauern, fast alle Morde blieben ungesühnt. Die Hoffnungen auf Präsident Lula haben sich nicht erfüllt, weiterhin besitzen 1,5 % der Landeigentümer 47 % des Bodens. Selbst der Regierungsplan, bis Ende 2005 immerhin 115.000 Familien anzusiedeln, kommt kaum voran. Ein Bericht, der dieses Missverhältnis benannte, wurde im Parlament abgelehnt. Die Großgrundbesitzer setzten stattdessen einen Abschlussbericht durch, wonach Landbesetzungen künftig als „terroristische Handlungen“ eingestuft werden sollen. Stattdessen wird die illegale Urwaldabholzung und Landaneignung im Bundesstaat Parai durch skrupellose Geschäftemacher ungehindert fortgesetzt, Greenpeace berichtet von einer mörderischen Hetzjagd auf Umweltschützer und Menschenrechtler. *en*

Förderpreis Naturschutzhöfe

Erstmals wird im Rahmen eines bundesweiten Wettbewerbs durch die Stiftung Ökologie & Landbau (SÖL) der Förderpreis Naturschutzhöfe ausgeschrieben. Mit dem Preis sollen vorbildliche Leistungen von Landwirten gewürdigt werden, die beispielhaft und zugleich umfassend Naturschutz in die Praxis ihres Betriebes einbinden. Die SÖL zeichnet Betriebe aus, deren erfolgreiches Naturschutz-Engagement Ansporn und Vorbild für andere Betriebe darstellt. Die Bewertung bezieht sich auf die Bereiche naturschonende Bewirtschaftung, aktive Maßnahmen zur Landschaftsaufwertung und biologische Vielfalt auf der Betriebsfläche. Auch erfolgreiche Kooperationen zwischen Landwirtschaft und Naturschutz sowie die Öffentlichkeitsarbeit der Höfe in Verbindung mit Naturschutzmaßnahmen werden bewertet. Der Förderpreis Naturschutzhöfe ist mit insgesamt 21.000 Euro dotiert. Mitmachen können grundsätzlich alle landwirtschaftlichen Betriebe. Die Anmeldefrist läuft bis zum 31. März 2006. Gefördert wird der Wettbewerb vom Bundesamt für Naturschutz (BfN) bzw. dem Bundesumweltministerium. Info: www.naturschutzhoefe.de, Tel.: 06322-98970 222. *pm*

Fleischkonzerne drängen nach Russland

Der US-Fleischgigant Tyson Food will in Russland zusammen mit der russischen Betreibergruppe Euroservice in großem Stil die Produktion und den Vertrieb von Geflügelfleisch aufnehmen. Auch europäische Fleischkonzerne haben laut *Agra-Europe* ähnliche Pläne. Das brasilianische Unternehmen Sada baute kürzlich in Kaliningrad eine Schlachtereier. *en*

Kurzes am Rande

Agrarfabriken unerwünscht

Industrielle planen riesige Schweinefabriken. Überall gibt es Protest

Eine „eindeutige Abfuhr“ holte sich laut *Märkischer Allgemeiner Zeitung* der dänische Agrarindustrielle Bo Ebbesen, als er Ende Januar in der Gemeinde Staffelde (Oberhavel) seine Pläne für den Bau einer Schweineanlage für 60.000 Schweine vorstellte. Ebbesen betreibt in Dänemark bereits das Unternehmen „Solvang A/S“ mit 1.500 Sauen. Die Firma „Märkisch Schwein GmbH“ aus Luckenwalde soll nun sein neues Projekt vorantreiben. Die zuständige Stadt Kremmen wird das Vorhaben vermutlich ablehnen (kurz vor Redaktionsschluss erfuhren wir, dass Ebbesen seinen Antrag zurückgenommen hat!).

Der schleswig-holsteinische Agrarunternehmer Sönke Schmidt, der 1994 die ehemalige DDR-Sauenanlage SAZA Großkayna (bei Halle) übernahm, will nun seine Anlage mit 6.500 Sauen-, 25.000 Ferkelaufzucht- und 26.000 Mastplätzen erweitern. In 50 km Entfernung will Schmidt laut *top agrar* eine Mastanlage mit weiteren 16.000 Mastplätzen bauen – vermutlich in Sietzsch, wo es auch bereits heftigen Widerstand gegen diese Pläne gibt. In die Angebote für Investitionen in Osteuropa ist Schmidt laut *top agrar* bisher nicht eingestiegen.


Vor dem ehemaligen Flugplatz Mahlwinkel in der Altmark (Sachsen-Anhalt) haben Bürgerinitiativen deutlich sichtbar

große rosafarbene X-Kreuze errichtet. Sie wehren sich gegen die geplante Agrarfabrik des niederländischen Investors van Gennip, der in Sandbeindorf bereits 85.000 Schweine mäset und in Hassleben weitere 85.000 Plätze plant. Dort in Hassleben haben die Bürgerinitiativen kürzlich mit einer bundesweit beachteten Kundgebung ihre detaillierten Einsprüche (insgesamt 1.200) beim elftägigen Anhörungsverfahren eingeleitet.

In Plätz/Bertkow (Sachsen-Anhalt) wehrt sich eine weitere Bürgerinitiative gegen die geplanten Anlagen des belgischen Agrarfabrikanten Straathof. Dem Handelsregister zufolge ist Straathof mit folgenden Firmen verbunden: „Straathof Holding GmbH“/Gladau, „Schweineprojekt Plätz GmbH“, „Schweinefleischproduktion Gladau GmbH“, „Schweinezucht Gladau GmbH“, „Altenplathower Agrarbetrieb GmbH“, „Jüterporc GmbH“/Jüterborg. In Mecklenburg konnten etliche solcher Agrarfabriken bereits erfolgreich verhindert werden (die Bauernstimme berichtete). Andere Agrarfabriken erweisen sich bereits als unrentabel: Die Ammerländer Viehzentrale will ihre Beteiligung an der Sauenanlage Pinnow (Brandenburg) loswerden. Unter Leitung ihres ehemaligen Genossenschafts-Managers Behrens führten mehrere Millionen an Verlusten zu einem „enormen

Substanzverlust der Genossenschaft“ (Landwirtschaftsblatt *Weser-Ems*). Neben genossenschaftlichen Futtermittel-Lieferanten und einigen Landwirten ist jetzt die ZNVG-Genossenschaft aus Neumünster eingestiegen, die bereits eine 6.000er Sauenanlage betreibt. Auch die LEVG-Genossenschaft in Hankensbüttel (Kreis Gifhorn) trennte sich jetzt von ihrer Sauenanlage Rustenbeck, die sie nach der Wende im Kreis Salzwedel übernahm. Die Anlage trug laut Isehagener Kreisblatt als „größter Brocken zum finanziellen Desaster der LEVG“ bei.

Erfolgreiche Investoren im Osten



Sönke Schmitt Wolfram Haselhoff Bo Elgaard

N H A L T	
ps & Trends	2
weineproduktion Ost: Investoren willkommen!	6
en: Weniger Mastplätze, für mehr Sauen	12
ffbesteck: Hygiene zahlt sich aus!	14
geber Tiergesundheit	16
rtestall für 600 € pro Sau	18
gfluter im Abferkelstall lohnen sich	21

Das Thema im Januar
Schweineproduktion Ost: Investoren willkommen!

Das Magazin *top agrar* sieht „Investoren“ im Osten willkommen. Vor Ort sieht die Lage anders aus. Foto: Montage aus *top agrar* 1/06

Betriebsspiegel

56 ha,
davon ca. 18 ha Grünland
40 Kühe (Herdbuch)
mit Nachzucht.
Dorothee Lindenkamp bewirtschaftet
den im Rheinland gelegenen Hof
gemeinsam mit ihrer Familie.

Wie in den letzten beiden Milchwirtschaftsjahren ist es auch in diesem Jahr bei uns wieder spannend: Passt es oder passt es nicht mit unserer Milchquote? Wir haben im letzten Milchwirtschaftsjahr eine größere Menge Quote dazubekommen, nachdem wir davor immer nur im Rahmen der normalen Leistungssteigerung Milchquoten an der Börse gekauft hatten. Wir haben bis vor zwei Jahren unsere Milchquote auch nie deutlich über oder unterliefert, aber vor zwei Jahren „knallte“ es dann richtig!

Wenn ich im Herbst schon Anzeichen sehe, dass wir zuviel Milch liefern werden, ist es zunächst das erste, abgekalbte Rinder für den Verkauf auszuwählen, Altkühe zu schlachten und die Kälber erstens mit Vollmilch und zweitens länger als sonst zu tränken. Aber bei vier abgekalbten Rindern zwischen September und Dezember fällt es schwer, welche zum Verkauf auszuwählen, noch dazu, wenn sich eine als Dreistrich und eine als extrem hartmelk herausstellt! Also: Altkühe schlachten! Das fiel mir aber auch schwer, weil ja im nächsten Jahr über 70.000 kg mehr geliefert werden konnten. Und wenn ich jetzt die Kühe schlachten würde, würden sie mir im nächsten Jahr fehlen. Mehr Milch zu den Kälbern zu schleppen ging auch nicht, weil ich Rücksicht auf meine Schwangerschaft nehmen

musste. Also habe ich im Januar, Februar und März 2004 gelegentlich abends nach dem Melken den Tank aufgemacht, die Milch weglaufen lassen, und den Tankraum verlassen, weil ich den Anblick nicht ertrug! Gebracht hat es nur wenig. Wir haben kräftig überliefert (für unsere Verhältnisse; andere würden darüber nur lachen) und kräftig gezahlt. Im Milchwirtschaftsjahr 2004/2005 (1. April – 31. März) haben wir alles gemolken, was vier Beine und ein Euter hatte – und haben unterliefert. In dem bald zu Ende gehenden Wirtschaftsjahr war es wieder eine Zitterpartie: Die Abkalbungen konzentrierten sich wie nie zuvor auf den Winter, was die Folge meiner mangelhaften Brunstbeobachtungen in der zweiten Hälfte 2004 war, was wiederum

„Schuld“ meiner im Juli geborenen Tochter war. In diesem Sommer kalbten also endlich einige Rinder ab, aber die Milchmenge hielt sich noch in Grenzen. Und so wollte ich erst mal den Herbst und Winter abwarten. Ich rechnete noch im September angesichts von zwanzig Trockenstehern eigentlich für das Jahresende mit einer richtigen Milchwelle und wollte Rinder loswerden. Das wollten andere auch, und so war der Rindermarkt zu. Dann nahm das Unheil seinen Lauf: Zuerst verkalbte eine Kuh und stieg mit zehn Litern ein. Die nächste wurde durch ein schon lang anhaltenden Rückenleiden zur Amme für drei Kälber, eine rutschte im Stall aus und brach sich das Knie, und im Dezember hatten sich fast alle Frischmelken zur Mastitis verabredet – zwischendurch hatten wir sieben Kühe mit der Kanne zu melken (also inklusive der Abgekalbten). Da macht das Melken richtig Freude! Mittlerweile sehe ich dem Ende des Milchwirtschaftsjahres gelassen entgegen, es wird so ungefähr passen...

Dorothee Lindenkamp

Die Milch machts!

In eine neue Milchverarbeitung investieren? Diese Frage wird auf dem Schepershof schon seit einigen Jahren hin und her gewälzt. Die Überlegungen reichten von einem Teilumbau mit der Anschaffung eines Pasteurs bis zu einem kompletten Neu- bzw. Umbau der Käserei. Im letzten Jahr hat sich diesbezüglich endlich was getan und die schon lang gehegten Pläne einer neuen Käserei haben sich konkretisiert. Wir haben uns letztendlich für die „große“ Lösung eines Neu- und Umbaus der Käserei entschieden. Die bereits ausgearbeiteten Pläne für einen Teilumbau – der sogenannten „kleinen“ Lösung – wurden also über den Haufen geworfen. Damit wurde das Unternehmen zwar zunächst verschoben, aber das Resultat kann sich sehen lassen.

Die Beschlüsse sind gefasst, die Pläne sind ausgearbeitet, die Verhandlungen mit Bauunternehmen laufen und in den nächsten Wochen wird mit dem Um- und Anbau begonnen. Dabei ist hervorzuheben, dass es sich um ein Gemeinschaftsprojekt mit einem anderen Betrieb in unserem Tal, dem Örkhof, handelt. Die neue Käserei wird eine Gemeinschaftskäserei von Örkhof und Schepershof sein. Nur dadurch können wir dieses große Projekt stemmen. Durch dieses Gemeinschaftsprojekt können wir die Investitionskosten in einem finanzierbaren Rahmen halten, die Auslastung der neuen Räumlichkeiten optimieren und unsere bereits gute Zusammenarbeit intensivieren.

Bei der Planung der neuen Käserei ist uns aber nicht nur eine Verbesserung der Produktionsbedingungen wichtig. Bislang tritt die Milchverarbeitung im Hofbild aufgrund ihrer „versteckten“



Bauen mit Unterstützung

Lage im Keller unterhalb des alten Kuhstalls nicht in Erscheinung. Das heißt, dieser Veredelungsbereich ist für unsere KundInnen, Schulklassen, BesucherInnen, Kinder nicht erlebbar. Dies wollen wir mit unserer neuen Käserei ändern. Dafür haben wir die Längsfront des neuen Verarbeitungsraumes mit vielen Fenstern versehen und eigens einen Laufsteg an dieser Front geplant, so dass von außen die Verarbeitungsprozesse mitverfolgt werden können.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist für uns auch in diesem Betriebsbereich die Verwirklichung sozialtherapeutischer Ansätze, welche beide Betriebe verfolgen. Geplant ist eine Zusammenarbeit mit integrativen Schulen. Benachteiligten

Jugendlichen wollen wir die Möglichkeit bieten, Erfahrungen und Eindrücke in den Bereichen Arbeitsleben, Produktionsprozesse und Hoforganismus zu sammeln. Ebenfalls laufen Gespräche, um nach Möglichkeit einen Arbeitsplatz für einen Menschen mit einer Behinderung anzubieten.

Wir planen also weit mehr als eine „einfache“ Käserei. Um unser Vorhaben realisieren zu können, sind wir auf finanzielle Unterstützung unseres Hofumfeldes angewiesen. Immerhin beläuft sich das Investitionsvolumen auf rund 150.000 Euro. Mit unserem Konzept konnten wir die finanzielle Unterstützung von Stiftungen gewinnen, haben aber neben unserem Eigenanteil noch

eine Lücke, die es zu füllen gilt. Da haben wir einen besonderen Vorschlag für unsere Freunde: Unterstützer helfen uns mit einer Einlage, und wir zahlen diese – plus einem „Zins“ von 10 Prozent – in Form unserer Milchprodukte zurück. Da kann man die Hilfe buchstäblich schmecken. Wir blicken gespannt auf das neue Jahr!

Verena Schönenstein

Betriebsspiegel

63 ha, davon 27 ha Acker,
25 ha Grünland, 6 ha Wald,
2,5 ha Feingemüse;
21 Milchkühe mit weiblicher Nachzucht;
200 Legehennen,
2 Muttersauen mit Nachzucht.
Der Schepershof wird von einer Betriebs-
gemeinschaft biologisch-dynamisch
bewirtschaftet.

Von Milbenkäse und anderen Spezialitäten

Im Süden Sachsen-Anhalts gründeten Astrid und Igor Blume ihre Existenz und erzeugen seit 2001 edelsten Ziegenkäse

Wo liegt denn das: Schleckweda? Auch Astrid und Igor Blume mussten erst mal eine Landkarte aufschlagen, als sie im Spätsommer 2001 über einen ehemaligen Praktikumsbetrieb erfuhren, dass dort ein Ziegenhof zu verkaufen sei. Das 37-Seelen-Dörfchen liegt im Burgenlandkreis am Südzipfel Sachsen-Anhalts, zwischen Zeitz und Gera.



Den Sommer verbringt die Ziegenherde auf der Weide, den Winter im luftigen Tiefenlaufstall.

Nach Abschluss ihres Landwirtschaftsstudiums in Witzhausen haben die Blumes nach einem Hof gesucht, um sich eine eigene Existenz aufzubauen. Sie hatten schon einige Höfe besichtigt, als sie von dem Ziegenhof „im Osten“ hörten. Die Vorbesitzer hatten es eilig, in Rente zu gehen. So musste die Entscheidung innerhalb weniger Wochen getroffen werden. Die Blumes, beide gebürtig aus Westdeutschland, haben sich für Schleckweda entschieden und diesen Schritt bis heute nicht bereut.

Auch ihre Vorgänger, die den Ziegenhof Schleckweda seit 1990 aufgebaut hatten, waren „Wessis“. Doch sie hatten durch die Qualität ihrer Produkte überzeugen können und bereits einen stabilen Kundstamm aufgebaut, als die Blumes im Oktober 2001 den Hof übernahmen. Seitdem leben Astrid und Igor Blume mit ihrer Tochter Charlotte in dem denkmalgeschützten Vierseithof, mit Stallungen und 17 ha Fläche (davon fünf ha Pacht) für ihre 100 Ziegen und drei Schweine. Seit September 2005 wohnt und arbeitet auch eine Kraft (Freiwilliges Ökologisches Jahr) bei ihnen.

Für jeden Geschmack

Fast alle Stammkunden haben – dank Astrid Blumes exzellenter Käserei-Fähigkeiten – den Besitzerwechsel mitgemacht, viele sind seither neu dazugekommen. 17 verschiedene Sorten leckeren Bio-Rohmilchkäse aus reiner Ziegenmilch stellt Astrid

Blume während der Saison von Ende Januar bis November her. Eine besondere regionale Spezialität ist der so genannte „Milbenkäse“, der in einer Kiste gelagert wird, in der sich Tausende von Käsemilben (*Tyroglyphus casei*) befinden. Die Ausscheidungen der Milben tragen zur Reifung des Käses bei und erzeugen den typischen kräftigen, fast scharfen Geschmack. Was für

Außenstehende befremdlich erscheint, ist für Kenner ein Grund, lange Wege auf sich zu nehmen, um an die begehrte Delikatesse zu gelangen. Aber auch „normale“ Zie-



Die Herstellung des leckeren Ziegenkäses liegt in Astrid Blumes Händen. Fotos: Blume

genkäse-Liebhaber kommen in Schleckweda auf ihre Kosten: Verschiedene Frischkäse, Crottins, Pyramiden im Aschemantel, Camembert sowie diverse Schnittkäse gehören zum Sortiment.

Die Ziegen

Innerhalb der vier Jahre, die die Blumes ihren Ziegenhof nun bewirtschaften, hat sich viel getan. Die komplette Ziegenherde musste „saniert“ werden, denn der Bestand war mit CAE, einer Ziegenkrankheit, die u. a. zu schweren Gelenkproblemen führt, infiziert und außerdem zum großen Teil stark überaltert.

So behielten sie im Frühjahr 2003 nur 25 weibliche Nachzuchttiere von der alten Herde, die sie unter strengsten Hygienevorschriften separat aufzogen, um eine Infizierung durch die Mütter zu verhindern. Die restlichen Ziegen wurden neu zugekauft. Es handelt sich um die Rassen Bunte Deutsche Edelziege und Thüringer Waldziege.

Im letzten Jahr gaben die rund 80 Ziegen etwa 30.000 kg Milch (Schnitt: 375 kg). Dieses Jahr soll der Bestand auf ungefähr 100 aufgestockt und die Milchleistung gesteigert werden. Denn vermarkten könnten die Blumes noch deutlich mehr Käse als bisher, die Nachfrage steigt stetig.

Vermarktung und Perspektiven

Die Blumes vermarkten ihren Käse über den Hofladen, verschiedene Bio- und Käseläden in den umliegenden Städten und auf Sondermärkten in der Region. Außerdem haben sie sich mit anderen regionalen Vermarktern zur so genannten „Weinroute“ zusammengeschlossen. Der berühmte Saale-Unstrut-Wein wächst in dieser Region, und Wein und Käse passen bekanntlich gut zusammen. Der Tourismus im Burgenlandkreis nimmt nach Astrid Blumes Beobachtungen von Jahr zu Jahr zu, vor allem Radfahrer schätzen die reizvolle Landschaft und kehren immer öfter auch auf dem Ziegenhof für ein Ziegenkäse-Picknick ein.

So entstand die Idee, ein Hofcafé zu eröffnen, am liebsten in Kombination mit regelmäßigen kulturellen Events, wie Lesungen, Konzerten oder Ausstellungen von regionalen Künstlern. Das urige Gewölbe des alten Kuhstalls mit seinen Rundbögen und Säulen eignet sich dafür optimal. Noch ist die Frage offen, wie und in welchem Umfang sich der Plan realisieren lässt, denn die behördlichen Auflagen und die damit verbundenen Investitionskosten sind hoch. Doch Astrid Blume ist zuversichtlich: „Die Behörden sind uns wohlgesonnen – die freuen sich ja, wenn hier was passiert.“

Außerdem gibt es Gespräche mit einer befreundeten Töpferin, die ihre Werkstatt in einem der Nebengebäude eröffnen will.



Da läuft einem das Wasser im Mund zusammen: Auswahl aus dem Schleckwedaer Sortiment

Resümee

Wenn sie an den Anfang zurückdenken, jene ersten Monate im Winter 2001/2002 als frischgebackene Hofbesitzer, was waren für die Blumes die größten Schwierigkeiten? „Den Überblick zu behalten“, sagt Astrid Blume, „über die ganzen Prozesse, die neben der eigentlichen Arbeit ablaufen.“ In die Verantwortung hineinzuwachsen, ständig wichtige Entscheidungen treffen zu müssen, der Umgang mit Behörden, Vorschriften, Anträgen. „Aber eigentlich“, sagt sie rückblickend, „ist alles gutgegangen. Ich habe mir viel mehr Sorgen gemacht, als nötig gewesen wäre.“

Anne Brid Leonhardt

Ziegen-Hoffest

Auf dem Ziegenhof Schleckweda findet jedes Jahr am ersten Sonntag im Juli ein großes Hoffest statt mit Kaffee und Kuchen, leckeren Spezialitäten rund um die Ziege, kulturellem Programm, anderen Ausstellern aus der Region und Aktionen für Kinder. Der Termin in diesem Jahr ist der 2. Juli. Der Hofladen hat immer von Freitag bis Montag, 10 bis 18 Uhr geöffnet. Weitere Informationen finden sich unter www.ziegenhof-schleckweda.de, Tel.: 036693-22747

„Prostitution“ für die Fleischbranche

Osteuropäer werden illegal angeworben, um an deutschen Schlachtbändern für 3 Euro die Stunde zu schufteln. Ein Fernsehbericht zeigt Machenschaften auf und nennt Namen: auch Tönnies, Westfleisch, Gausepohl

Waren es vor dem EU-Beitritt oftmals Rumänen, sind es heute verstärkt Polen, Slowaken, Litauer, Letten. Seit dem 1. Mai 2004 sind sie EU-Bürger. Weil es aber für eine mehrjährige Übergangszeit noch keine Freizügigkeit für Arbeitnehmer aus den neuen EU-Mitgliedstaaten gibt, dürfen sie nach geltendem Recht nicht direkt von deutschen Firmen eingestellt werden.

Trotzdem stammen mittlerweile über die Hälfte der Arbeiter an deutschen Schlachtbändern aus osteuropäischen Ländern. Nicht nur diese Zahl, sondern vor allem die Umstände, unter denen viele von ihnen hierher gelockt werden und dann hier arbeiten und untergebracht werden, sind Inhalt des Dokumentarfilms „Die Fleischmafia“, den der Westdeutsche Rundfunk (WDR) am 16. Januar ausgestrahlt hat.

Rechtslücke Subunternehmen

Es gibt eine Rechtslücke, und derer bedienen sich auch die Größten der Schlachtbranche. Das so genannte Werkvertragsabkommen erlaubt Unternehmen, die im osteuropäischen Heimatland als Schlachtbetrieb tätig sind, Arbeitnehmer an deutsche Betriebe auszuleihen. Es sind Subunternehmen, bei denen die polnischen oder slowakischen Arbeitnehmer angestellt sind, auch wenn sie bei D & S im oldenburgischen Essen, bei Westfleisch im westfälischen Coesfeld, bei Gausepohl in Chemnitz oder bei der Tönnies-Tochter Weidemark im niedersächsischen Sögel am Band stehen.

Die Filmemacher haben sich auf den Weg gemacht, um die Subunternehmen „Eurokart“ im slowakischen Trenzin und „Eura“ im slowakischen Levice aufzusuchen. Gefunden haben sie nur Büros. Eine Mitarbeiterin von Eurokart bestätigt, dass die Firma für Gausepohl arbeite, und dann sagt sie: „Nein, in der Slowakei haben wir keinen Schlachthof.“ Das Fazit von Markus Dieterich von der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG): „Es handelt sich hier um ein Anwerberbüro, d.h. es werden nur Arbeitnehmer verliehen. Für mich ist das Menschenhandel, wie wir es von der Prostitution her kennen.“

Westfleisch

Ein Mitarbeiter des slowakischen Subunternehmens Eura kommt im Film zu Wort. Er arbeitet für Westfleisch in Coesfeld, für 800 Euro im Monat. Von den rund 3.000 Mitarbeitern bei Westfleisch seien fast zwei Drittel der Mitarbeiter Osteuropäer, so der Film unter Berufung auf den Betriebsrat. Auf einer Veranstaltung über Fleisch-

qualität bekommen die Filmemacher den Westfleisch-Vorstandsvorsitzenden Dr. Helfried Giesen vor die Kamera. Auf die Frage, wie viele Slowaken bei Westfleisch arbeiteten, sagte er, das könne er aus dem Kopf beim besten Willen nicht sagen. Der deutlich überwiegende Teil der Mitarbeiter seien Deutsche. „Ich weiß nicht, ob wir slowakische Mitarbeiter am Band haben“, war seine letzte Aussage, bevor Giesen das Interview abrupt beendete. Inzwischen, so der Film, werde gegen Giesen wegen illegaler Mitarbeiterüberlassung ermittelt.

Derartige Verfahren gegen verschiedene Unternehmen der Branche hat es schon mehrere gegeben. Doch vor Gericht haben es die Staatsanwälte schwer. Staatsanwalt Bernhard Südbek aus Oldenburg berichtet im Film: Wenn es Probleme im Produktionsbereich gebe, sei es Lohndumping oder überlange Arbeitszeiten, dann würden die Unternehmen ihre Hände in Unschuld waschen mit dem Hinweis, dass sie davon nichts wüssten, weil die Subunternehmer zuständig seien. Doch Südbek hält das Argument für „oft nicht glaubhaft“: „Die Verträge sind so ausgestaltet und vom Preisniveau so niedrig, dass man auch als Unternehmer erkennt: Das kann nur gehen, wenn man deutlich mehr Stunden als vereinbart arbeiten lässt oder niedrige Löhne zahlt.“

Top 10 der Fleischbranche

1. Vion (NFZ, Moxsel, Südfleisch)	5.525
2. B+C Tönnies (inkl. Weidemark)	2.300
3. Westfleisch eG (inkl. Barfuss)	1.412
4. PHW Gruppe (Lohmann/Wiesenhof)	1.190
5. Heristo AG (Stockmeyer u. a.)	970
6. Wiesenhof Geflügel-Gruppe	717
7. Sprehe Geflügel- und Tiefkühlfeinkost	550
8. Gausepohl Fleisch GmbH	470
9. Gebr. Stolle GmbH & Co. KG	450
10. Heinrich Nöke Gruppe	430

Umsatz 2004 in Mio. Euro
Angaben nach afz-journal, 10-2005

Tönnies

Bei Weidemark Fleischwaren, einer Tochter des zweitgrößten Schlachtunternehmens in Deutschland, der Tönnies-Gruppe (Rheda-Wiedenbrück/NRW), haben die Ermittler besonders kriminelle Strukturen aufgedeckt. Für Weidemark hat ein Subunternehmen gearbeitet, dessen Geschäftsführer Uwe Gerbig aus Sicht der Ermittler ein reiner Strohmännchen war. Auf dem Papier sollte der Anschein eines echten Werkvertrages gewahrt werden. Doch nach Recherchen der Filmemacher hatte der Sub-

unternehmer einen Beratervertrag mit der Lebensgefährtin des Weidemark-Geschäftsführers. Darin habe sich Gerbig verpflichtet, zwei Prozent seiner Umsätze an sie zu zahlen und zudem noch den halben Gewinn. Die erwähnte Lebensgefährtin ist tatsächlich Beraterin, allerdings für Ernährungsfragen, mit einer Praxis in Paderborn.



Tönnies ist gerade vorgeprescht und zahlt an die Bauern nun schon fünf Tage nach Lieferung. Aber ist auch sonst alles Gold, was glänzt? Foto: Archiv

Laut Filmemacher Adrian Peter und Kim Otto ist das Ganze trotzdem noch ein Geschäft. Bis zu 1.000 Euro im Monat verdiene mancher Subunternehmer je so eingesetztem Arbeiter.

Seit Monaten berichten Medien nun schon über diese Geschäfte, und doch treibt es weitere Blüten. Das Hauptzollamt Osnabrück hat bei dem Subunternehmen Röschmann, das u. a. für den Großschlachthof D&S in Essen/Oldenburg tätig war, Anfang Juli 2005 gefälschte Staatsbürgerurkunden gefunden, ausgestellt für polnische Arbeiter, die dafür 150 Euro zahlen mussten. Die Behörden sprechen mittlerweile von 150 Fällen.

Auf Weidemark angesprochen, zeigte sich der Geschäftsführer der B+C Tönnies GmbH & Co. KG freundlich, aber ahnungslos. Über die Verhältnisse dort wisse er nichts.

Fazit

Wenn die Arbeiter der Subunternehmen nicht zu Dumpinglöhnen von 3 Euro und weniger die Stunde und mit Arbeitstagen von bis zu 16 Stunden, sechs Tage die Woche, schufteln müssten, sondern zu gleichen Bedingungen wie heimische Kollegen, dann würde sich kaum jemand aufregen; dann allerdings hätte es für alle beteiligten Firmen aber auch seinen zweifelhaften Reiz verloren. Ob allein mehr Ermittlungen helfen?

Schmiergeld für Lebensmittel?

Nach einem Bericht in „panorama“ über die Schmiergeld- und Bestechungszahlungen westlicher Unternehmen an Iraks Diktator Sadam Hussein während des UN-Programms „Öl für Lebensmittel“ sind jetzt außer Siemens auch weitere deutsche Firmen ins Blickfeld geraten. Der Staatsanwalt ermittelt laut *Hamburger Abendblatt* u.a. gegen Pharmahersteller, darunter die Lohmann-Tierzucht, die Teil des Wesjohann-Lohmann-Konzerns („Wiesenhof“) ist. Ein Lohmann-Sprecher wies den Verdacht zurück und verwies auf unabhängige Handelsvertreter vor Ort. pm

Es gibt Profiteure der EU-Agrarzahlungen

Während andere EU-Länder offen legen, wer wieviel Prämien und wofür erhält, blocken Bundesregierung und Länder ab. Die Bauernstimme nennt Beispiele

Als gäbe es nur Königinnen und Prinzen unter denen, die von den jährlichen landwirtschaftlichen Direktzahlungen der EU profitieren. Die englische Queen darf in keinem Medienbericht fehlen. Sie erhält jedes Jahr über eine Halbe Million Euro aus Brüssel für die Bewirtschaftung ihrer Ländereien, ob sie es nun „nötig“ hat oder nicht – laut Medienberichten kommt sie auf ein geschätztes Vermögen von fünf bis 15 Mrd. Euro. Und dann ist da natürlich noch Prinz Charles, der mit 330.000 Euro Prämien dabei ist.

Aber man muss nicht bis nach England reisen, um auf solche Prämiensummen zu stoßen. Auch bei uns gibt es Betriebe, die jährlich mehrere Hunderttausend Euro erhalten. Bei durchschnittlich 330 Euro je Hektar – das variiert von Bundesland zu Bundesland und bis zum Jahr 2013 auch noch von Betrieb zu Betrieb – an allgemeinen Direktzahlungen ist die Hunderttausend eben mit rund 300 ha erreicht.

Wer viel Fläche hat, bekommt viel Prämie. Weil sich die Grundprämien je

Hektar in den Betrieben, die in den drei Jahren 2000 bis 2002 Bullenprämien erhalten haben, um diese Beträge noch erhöhen, stehen flächenstarke Rindermast-Betriebe oben auf der Liste, wenn nach großen Prämienempfängern gesucht wird.

Klein Wanzleben

Es ist deshalb kein Zufall, dass die zweitgrößte Bullenmastanlage in Deutschland von einem Team des Bayerischen Rundfunks für die Sendung „Report München“ aufgesucht wurde: die Gut Klein Wanzleben GmbH & Co. KG. In diesem Teil des ehemaligen DDR-Kombinats in Sachsen-Anhalt wurden in den letzten Jahren bis zu 12.000 Bullen gemästet. Laut Unterlagen der Zahlstelle des Landesministeriums hat der Betrieb im Jahr 2000 für 8.388 Rinder die damals so genannte „Sonderprämie männliche Rinder“ erhalten. In Berichten der Lokalzeitung aus dem Jahr 2002 war von 9.700 Schlachttieren die Rede. Die geringere Zahl von 8.388 Prämientieren als Durchschnitt der Jahre 2000 bis

2002 zugrunde gelegt, bedeutet schon, dass der Betrieb heute und in den nächsten Jahren jährlich über 1,7 Millionen Euro als Zuschlag zu den Grundprämien für die Flächen aus Brüssel bekommt. Bei 3.200 ha Nutzflächen des Betriebes kommen an diesen Flächenprämien noch rund 880.000 Euro hinzu. Nach den Abzügen (5 % Modulation und 1 % für die nationale Reserve) kommt eine Summe von über 2,4 Mio. Euro zusammen, jährlich.

Bullen weg, Prämie bleibt

Die Summe allein kann schon manchen Prinz neidisch machen. Das Fernsichteam fuhr aber noch aus einem weiteren Grund nach Klein Wanzleben. Denn schon kurz nachdem die Reform der EU-Agrarpolitik und die deutsche Umsetzung beschlossen war, erzählte man sich in den Fluren der Bundes- und Landesministerien, dass dieser Betrieb die Bullen abschaffen wolle. So ist es gekommen, die Rinder sind bis auf wenige weg. Die 1,7 Mio. Euro Prämien, die sich auf die Produktion in den Jahren 2000 bis 2002 stützen, fließen weiter. Erst in den Jahren 2010 bis 2013 wird dieser Prämienteil sozusagen abgebaut, d.h. werden alle Prämienrechte pro Hektar in den Bundesländern einander angeglichen.

In der Report-Sendung kommentiert Martin Hofstetter von der Uni Kassel: „Jetzt werden diese Prämien gezahlt für Tiere, die gar nicht mehr da sind. In der Summe bis 2010 rund acht Millionen Euro... Ich denke, da muss einem doch die Hutschnur platzen.“ Der Aufsichtsratsvorsitzende von Gut Kleinwanzleben, Helmut Schulze, kommt auch zu Wort: „Im Endeffekt hat uns die Veränderung in der Agrarpolitik ja zu diesem Schritt [Abschaffung der Rinder] gezwungen, und erfreulicherweise ist die Politik auch bereit, Strukturveränderungen finanziell abzufedern.“

Jetzt entstehen in den Anlagen Schweineställe. Laut Antrag nach Immissionschutzgesetz sind 4.900 Sauenplätze (einschließlich Ferkel bis 30 kg), 1.200 Jungsauenplätze und 12.000 Mastschweineplätze geplant. Wenn man so will, mit den Millionen an (ehemaligen) Rinderprämien als staatliche Investitionsförderung. Im klassischen Agrarinvestitionsprogramm von Bund und Ländern würde soviel Geld nie im Leben fließen – da gibt es Obergrenzen je Betrieb.

Hinter der Gut Klein Wanzleben GmbH & Co. KG stehen eine GmbH von 16

Gesellschaftern als Komplementär und 16 Kommanditisten, wobei Gesellschafter und Kommanditisten ziemlich identisch sind. Nach Heiner Gantenbrink und seiner HHG Beteiligungs GmbH aus dem nordrhein-westfälischen Minden sind Dr. Harald Isermeyer (aus Niedersachsen) und Dr. Wolfgang Nehring die Kommanditisten mit den größten Einlagen in dem Unternehmen.

Dr. Harald Isermeyer

Nach Recherchen der Bauernstimme ist Dr. Harald Isermeyer – nicht zu verwechseln mit seinem Bruder Prof. Dr. Folkhard Isermeyer (wissenschaftlicher Chefberater des Bundesministeriums) – an weiteren Betrieben beteiligt. Neben einem Betrieb im niedersächsischen Vordorf sind das die „Nehring & Isermeyer Landwirtschaft GbR“ in Beckendorf/Sachsen-Anhalt mit 1.340 Hektar und die „Nehring, Isermeyer, Bückner Service GbR Landwirtschaft“ ebenfalls mit Sitz in Beckendorf, die die 1.340 ha plus weitere 980 ha bewirtschaftet. Für die 2.320 ha wird der Betrieb rund 700.000 Euro an Direktzahlungen erhalten. Der Betrieb arbeitet laut einer Veröffentlichung des Gesellschafters Dr. Nehring mit einem Arbeitskräftebesatz von 0,5 AK/100 ha, was umgerechnet rund 60.000 Euro Direktzahlungen je im Betrieb beschäftigter Arbeitskraft bedeuten würde.

Übrigens ist Dr. Nehring Mitglied im Vorstand des Landesbauernverband Sachsen-Anhalt und Stellvertretender Vorsitzender der Nordzucker Holding AG. Sein vielfältiger Partner Dr. H. Isermeyer ist auch bei Nordzucker engagiert, und zwar als erster Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der Nordzucker Holding. Das Stichwort Zucker ist auch für die Prämien interessant, denn sowohl das Unternehmen in Klein Wanzleben als auch die Nehring, Isermeyer, Bückner Service GbR baut Zuckerrüben an, und „dank“ der Reform der EU-Zuckermarktordnung wird es für Rübenflächen bald zusätzliche Prämien geben.

Carl-Albrecht Bartmer

Isermeyer und Nehring sind beide auch bei der DLG, der Deutschen Landwirtschafts Gesellschaft, aktiv. Die wird nun seit Januar geführt von Landwirt Carl-Albrecht Bartmer. Der bewirtschaftet das elterliche Gut Löbnitz in Löbnitz a.d. Bode/Sachsen-Anhalt mit knapp



Dank der entkoppelten Bullenprämien, die nun auch gezahlt werden, wenn keine Bullen mehr im Stall stehen, hat die Gut Klein Wanzleben GmbH & Co. KG ein sattes Polster, um nun die alten Rinderställe zu Schweineställen umzubauen: Über 5.000 Sauen- und 12.000 Mastschweineplätze sind geplant.

Bisher ist der Mitteleinsatz ineffizient

Wer die Direktzahlungen nicht an soziale Kriterien bindet, verhindert einen effizienten Einsatz der Steuermittel. Das belegen öffentliche Daten

In der Diskussion um die landwirtschaftlichen Direktzahlungen wird oft von bestimmten Seiten eine Anbindung der Zahlungen auch an sozio-ökonomische Kriterien wie die Beschäftigungsleistung eines Betriebes (Faktor Arbeit) mit dem Argument abgelehnt, dass dann die Mittel nicht mehr zum „besten Wirt“ gingen. Zuletzt hat das der Wissenschaftliche Beirat des Bundesministeriums in einer Stellungnahme vertreten.

Den Beweis dafür, dass die Prämieneffizienz unabhängig von der Betriebsgröße sei oder gar mit der Betriebsgröße steige, bleiben diese Vertreter wie auch der Wissenschaftliche Beirat schuldig. Einen Hinweis darauf, dass vielmehr das Gegenteil sehr wohl möglich ist, geben Zahlen aus dem Agrarbericht Bayern. Dort werden die Haupterwerbsbetriebe entsprechend ihrer Nutzflächenausstattung in drei Betriebsgrößenklassen aufgeteilt und die Ergebnisse für die drei Klassen aufgeschlüsselt, ebenso die Summe der unternehmensbezogenen Beihilfen (siehe Tabellen).

Die Tabellen für die Jahre 2001/02 und 2002/03 zu den Ergebnissen der Haupterwerbsbetriebe in Bayern zeigen, dass nicht nur – wie zu erwarten ist – die

Summe der staatlichen Beihilfen mit der Betriebsgröße steigt, sondern auch der Anteil der Beihilfen am Gewinn. Während der Gewinn in Betrieben von 15 bis 30 ha LF zu 33 % (40 % im Jahr 2002/03) aus Beihilfen besteht, sind es in der größten Gruppe (50-150 ha) 78 % bzw. sogar 98 % im Wirtschaftsjahr 2002/03. Anders ausgedrückt werden in kleineren bayerischen Haupterwerbsbetrieben mit Hilfe eines Euro Beihilfen zwei Euro Gewinn am Markt erwirtschaftet, während – im Jahr 2001/02 – in den größten bayerischen Betrieben zwei Euro notwendig sind, um einen Euro Gewinn am Markt zu erzielen; im Jahr 2002/03 besteht der Gewinn in diesen größeren Betrieben im Durchschnitt sogar allein aus diesen staatlichen Beihilfen (98 %).

Beihilfen gleich Gewinn

Noch bedrückender ist die durchschnittliche Situation in den neuen Bundesländern. Dort ist nach Angaben des Bundesministeriums BMELV der Gewinn im Durchschnitt sogar geringer als die Summe der Direktzahlungen be-

Ergebnisse der Haupterwerbsbetriebe nach Größenklassen 2001/2002

Merkmal	Einheit	Größenklassen von ... bis unter ...			insgesamt
		15-30 ha	30-60 ha	60-150 ha	
Anteil an der Gesamtheit	%	40,6	42,6	16,8	100,0
Betriebsgröße	ha LF	23,3	42,1	82,8	40,9
dar. Pachtland	% LF	31,2	47,1	65,8	49,7
Gewinn	€/Unternehmen	24.373	31.620	44.826	30.728
Unternehmensbezogene Beihilfen	€/Unternehmen	8.109	17.479	34.987	16.448
Anteil Beihilfen am Gewinn	%	33%	55%	78%	54%

Ergebnisse der Haupterwerbsbetriebe nach Größenklassen 2002/2003

Merkmal	Einheit	Größenklassen von ... bis unter ...			insgesamt
		15-30 ha	30-60 ha	60-150 ha	
Anteil an der Gesamtheit	%	38,8	42,8	18,3	100
Betriebsgröße	ha LF	23,33	42,49	83,98	42,22
dar. Pachtland	% LF	31,5	47,5	66,4	50,9
Gewinn	€/Unternehmen	22.688	26.225	37.788	26.793
Unternehmensbezogene Beihilfen	€/Unternehmen	9.003	18.760	37.036	18.135
Anteil Beihilfen am Gewinn	%	40%	72%	98%	68%

Quelle: Bayerische Agrarberichte 2002, 2004

zogen auf einen Hektar.

Fazit

Die Angaben sind ein deutlicher Hinweis darauf, dass die Effizienz der staatlichen Direktzahlungen nicht mit der

Betriebsgröße (Stichwort „besserer Wirt“) steigt. Die Zahlen mahnen eher, einen gegenteiligen Zusammenhang nicht auszuschließen.

uj

Fortsetzung von Seite 12 ►

1.000 ha (956 ha Ackerland). Der Betrieb kommt damit auf gut 300.000 Euro Direktzahlungen im Jahr. Wie viele Arbeitskräfte der Betrieb beschäftigt ist unbekannt. Bartmer setzt erklärterma-



Carl-Albrecht Bartmer ist neuer DLG-Präsident. Er sieht gute Zukunftschancen für wettbewerbsfähige Betriebe. Für seinen Betrieb erhält er jährlich rund 300.000 Euro Direktzahlungen.

ßen auf Kostensenkungsstrategie, und das heißt Tätigkeiten auslagern, wenn es billiger ist. So kommt der Betrieb mit drei Schleppern aus.

Freiherr von dem Bussche

Bartmers Vorgänger bei der DLG, Philip Freiherr von dem Bussche, der nun bei dem Pflanzenzuchtunternehmen KWS AG (Klein Wanzlebener Saatzeit) im Vorstand Geld verdient, ist auch so ein wettbewerbsfähiger Prämienempfänger. Denn zu den rund 70.000 Euro Direktzahlungen für die rund 300 ha des elterlichen Gut Ippenburg im Osnabrücker Land kommen noch die Prämien des knapp 2.000 ha-Ackerbau-Betriebes bei Krostitz nahe Leipzig. Von dem Bussche ist dort „hälftiger“ Pächter, wie die FAZ mal geschrieben hat. Der Betrieb erhält rund 600.000 Euro. Von dem Bussche hat bekanntlich gerichtlich versucht, dem Abl-Vorsitzenden Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf zu untersagen, ihn in der Öffentlichkeit im Zusammenhang mit den Direktzahlungen zu nennen. Das Gericht gab Graefe zu Baringdorf Recht. In einer Gerichtssitzung äußerte die Seite von dem Bussches, dass der Betrieb in Sachsen mit

13 Arbeitskräften wirtschaftete. Vorher hatte von dem Bussche auch schon mal niedrigere Zahlen genannt. Ausgehend von 13 Arbeitskräften erhält der Betrieb immer noch umgerechnet 46.000 Euro Direktzahlungen je Arbeitskraft.

Fazit

Die Beispiele ließen sich fortführen. In Deutschland gibt es 1.800 Betriebe mit jährlichen Prämiensummen von 300.000 Euro und mehr. Dass die hier genannten vornehmlich in Ostdeutschland aktiv sind, hängt nun mal mit der Flächenkonzentration dort zusammen. Report München brachte aber auch ein Beispiel aus Bayern: das Gut Hellkofen des Hauses Thurn und Taxis. Demnach erhalte dieser 1.500 ha-Betrieb jährlich etwa 400.000 Euro Direktzahlungen. Der Durchschnitt aller Betriebe in Deutschland erhält rund 12.000 Euro, umgerechnet je Arbeitskraft sind es etwa über 8.000 Euro im Jahr. 90 Prozent der Betriebe bekommen weniger als 50.000 Euro je Betrieb.

Bekannt gegeben werden all diese Zahlen nicht, zumindest nicht von öffentlichen Stellen in Deutschland. Der Verdacht kommt auf, dass hier eine Diskus-



Philip Freiherr von dem Bussche ist nicht mehr DLG-Präsident. Er verdient sein Geld nun im Vorstand des Pflanzenzuchtunternehmens KWS. Daneben unterhält er noch zwei landwirtschaftliche Betriebe bzw. ist an ihnen beteiligt. Die Betriebe erhalten zusammen rund 670.000 Euro an Direktzahlungen aus Brüssel. Fotos (2): DLG

sion über eine gesellschaftlich akzeptable Verteilung der Zahlungen gezielt vermieden werden soll.

uj

Seehofers Wahlkreis erklärt sich gentechnikfrei

Die Gentechnikfreie Region Stadt Ingoldstadt und Landkreis Eichstätt zählt 2.100 Bauern.
Auch im Nachbarkreis sind Landwirte und Verarbeiter entschieden

Im Wahlkreis von Bundesminister Horst Seehofer (Stadt Ingoldstadt und Landkreis Eichstätt) gibt es eine Gentechnikfreie Region. Hier, wo bei der Bundestagswahl 65,9 Prozent für Seehofer gestimmt haben, favorisiert die zu großen Teilen deckungsgleiche Basis die gentechnikfreie Landwirtschaft.

Im Frühjahr 2004 erklärten der Kreisbauernverband des Bayerischen Bauernverbandes (BBV) Ingoldstadt-Eichstätt und der Bund Naturschutz (BN) Ingoldstadt die Region zur Gentechnikfreien Region. Alle Ortsversammlungen des BBV meldeten einstimmige Ergebnisse, so dass die Ortsobmänner auf der Kreisversammlung einstimmig für den Verzicht auf gentechnisch veränderte Pflanzen auf ihren Äckern stimmten. Das Memorandum galt zunächst für ein Jahr, wurde aber im März 2005 auf unbefristete Zeit verlängert. In Ingoldstadt-Eichstätt wirtschaften 2.100 Landwirte auf 61.679 Hektar gentechnikfrei!

Egid Nummer, Kreisobmann des BBV, und Klaus Wittmann, Kreisvorsitzender des BN, erklärten in ihrer damaligen Pressemitteilung, dass Agro-Gentechnik der bäuerlichen Landwirtschaft schade und den Agrarfabriken und Großkonzernen noch mehr Macht zuspiele. Die Stadt Ingoldstadt zog mit und hat alle Pächter städtischer Flächen via Pachtvertrag verpflichtet, auf gentechnisch verändertes Saatgut zu verzichten.

Auch Nachbarkreise aktiv

Auch in der Nachbarschaft dieser Gentechnikfreien Region arbeiten Bauern am organisierten Gentechnik-Verzicht auf ihren Feldern. Gerhard Edler (Foto) aus Königsmoos hatte vor knapp zwei Jahren die Initiative des Ortsobmannes vom BBV unterstützt, eine Gentechnikfreie Region im Landkreis Neuburg-Schrobenhausen zu gründen. Nachdem 35 Landwirte in Selbstverpflichtungserklärungen unterschrieben hatten, dass sie auf ihrem Acker keine Gentechnik einsetzen wollen, sind die Bemühungen allerdings in der täglichen Arbeit untergegangen. Durch die politischen Änderungen in Berlin fühlen sich Edler und seine Kollegen allerdings wieder neu motiviert. Edler ist konventioneller Vollerwerbs-Landwirt, bewirtschaftet 75 Hektar Ackerbau, auf einem Drittel davon Kartoffeln, die er unter anderem an die Südstärke-Fabrik liefert. Durch seine Mitgliedschaft in der IG-Nachbau hat er sich mehr und mehr mit der Problematik der Abhängigkeit von Züchtern und Chemiekonzernen befasst.

„Wir deutschen Bauern sollten uns den Zukunftsmarkt für Qualitätsprodukte ohne Gentechnik, den Europa, Asien und zunehmend auch Amerika fordert und den wir jetzt noch ohne Probleme beliefern können, nicht nehmen lassen. Einmal auf die Felder gebracht, gibt es kein Zurück“, begründet Edler. Selbst bei Mais, der ja als am ehesten „koexistenzfähig“ gelte, sei nach Aussagen des Zuchtunternehmens KWS ein einmal mit



Gerhard Edler, Landwirt aus Königsmoos mit Schwerpunkt Kartoffeln, berichtete auf der Grünen Woche von den Aktivitäten zur gentechnikfreien Landwirtschaft in der Heimatregion von Bundesminister Horst Seehofer. Foto: Jasper

GV-Mais beplanter Acker zehn Jahre nicht mehr als gentechnikfrei bewirtschaftbar. „Es kann nicht angehen, dass einige wenige Chemie- und Saatgutkonzerne darüber bestimmen können, was zukünftig auf unseren Feldern wächst.“

US-Farmer beeindruckten

Sehr beeindruckt sind Edler und seine Kollegen von den beiden US-amerikanischen Landwirten, die im Dezember durchs Land reisten (die Bauernstimme 01/2006 berichtete): „Wenn sich selbst auf deren 100 mal so großen Flächen zeigt, dass eine Koexistenz aller Bewirtschaftungsformen nicht möglich ist und die Landwirtschaft dort erheblich unter Preisdruck und in Abhängigkeit geraten ist, dann sollten wir nicht den gleichen Fehler machen, selbst wenn es kurzfristig eine arbeitswirtschaftliche Einsparung gibt, weil nur noch zwei anstatt vier bis fünf Spritzmittelapplikationen aufgebracht werden müssen. Das löst die Probleme nicht“, sagt der bayerische Ackerbauer.

Die Praxisberichte aus den USA hätten gezeigt, dass durch den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen die Überwachung durch Saatgutkonzerne enorm gestiegen sei. „Und finanziell bringt es überhaupt keine Vorteile, im Gegenteil. US-Farmer verlieren sogar zunehmend Märkte, da der Verbraucher in Europa und vielen anderen Ländern gentechnisch veränderten Lebensmittel nicht will“, berichtet Edler.

Auch Verarbeiter entschieden

Herr Edler hat sich umgehört bei weiterverarbeitenden Betrieben und Landhändlern aus seiner Region. Bei fast allen stieß er auf offene Ohren. Die genossenschaftlich organisierte Südstärke GmbH an den Standorten Schrobenhausen und Sünching beliefert in erster Linie die Lebensmittelindustrie mit Kartoffelstärke, -Derivaten und Futtermittelkomponenten sowie die Papierindustrie. An den zwei Standorten werden 230 Mitarbeiter beschäftigt. „Gentechnikfrei ist für uns lebensnotwendig. Wir sind maßgeblicher Zulieferer der großen Nahrungsmittelindustrie wie Unilever und Nestlé, die uns alle in die Pflicht nehmen, gentechnikfrei zu liefern. Bayerische Forschungsanstalten haben schon nach einem Probedurchlauf mit gentechnisch veränderten Kartoffeln gefragt – dies ist sowohl in der Geschäftsführung als auch im Aufsichtsrat und auch einstimmig bei den Landwirten abgelehnt worden. Denn allein ein Ausprobieren wäre der Anfang vom Ende“, so Richard Lenk, Geschäftsführer der Südstärke GmbH.

Die **Gemüsetrocknungsfabrik der Firma Völpel GmbH & Co. KG** in Königsmoos, die größte in Deutschland, positioniert sich ebenfalls klar in Richtung gentechnikfreie Produktion. „Unsere 250 Abnehmer, je zur Hälfte aus dem In- und Ausland, angefangen von weltweit arbeitenden Konzernen bis hin zu kleinen mittelständischen Betrieben, verlangen von uns garantiert gentechnikfreie Rohstoffe. Selbst große Konzerne, die vor einigen Jahren in Bezug auf Gentechnik wesentlich freizügiger waren, verlangen heute eine solche schriftliche Erklärung“, berichtet der Geschäftsführer Dr. Dagobert Völpel. Der **Kartoffel-Agrarhandel Johann Schmidt** aus Dinkelshausen handelt 10.000 Tonnen Kartoffeln im Jahr, knapp 30 Landwirte aus der klassischen Kartoffel-Region Neuburg-Schrobenhausen, Aichbach-Friedlingen und Ingoldstadt beliefern den Agrarhandel.

„Die Kartoffeln gehen an Firmen in Deutschland, Tschechien, Ungarn und Italien. Gerade letztere legen großen Wert auf garantiert gentechnikfreie Ware“, so Johann Schmidt. Er befürchtet, dass mehr und mehr kleine Züchter von den Industrie-Konzernen geschluckt werden, falls die Gentechnik Einzug in Deutschland erhält. „Koexistenz ist in unserer kleinstrukturierten Landwirtschaft nicht möglich. Ob ich langfristig meinen italienischen Markt beliefern kann, ist fraglich“, warnt er.



Die Landkreise Eichstätt und Neuburg-Schrobenhausen im Herzen von Bayern.

Neben klaren politischen Rahmenbedingungen sieht Edler in der Ausrufung Gentechnikfreier Regionen eine praktische Möglichkeit, sich vor gentechnischen Verunreinigungen zu schützen. Und hier tut sich eine Menge. Es gibt bereits 86 Gentechnikfreie Regionen und Initiativen in Deutschland, über 23.000 Landwirte auf über 800.000 Hektar haben erklärt, dass sie keine Gentechnik auf ihrem Acker haben wollen (siehe www.gentechnikfreie-regionen.de).

„Hilfreich wäre es, wenn unser neuer Agrarminister Seehofer viel Post von Landwirten bekäme, die sich gegen den Einzug der grünen Gentechnik in der Landwirtschaft aussprechen“, ist sich Edler sicher. Zusammen mit Rainer Huber, ebenfalls aus Königsmoos und Sprecher der IG gegen Nachbaugebühren in Süddeutschland, und anderen Landwirten will Edler mit seinen Kollegen über die Gefahren der Agro-Gentechnik für die Landwirtschaft informieren. „Und dann wollen wir mal sehen, was passiert“.

Annemarie Volling

Annemarie Volling betreut bei der AbL das Projekt Gentechnikfreie Regionen von AbL, BUND und Uni Bremen. Kontakt: Tel.: 04131-400720, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de

Kein Grund zur Klage

STV muss Anhaltspunkte für den Nachbau außergerichtlich vorlegen, wenn sie Auskunft will

Es war einmal ein Bauer, der hatte für zwei Jahre ordentlich auf die pauschalen Auskunftersuchen der Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) reagiert und Nachbaugebühren bezahlt. Im dritten Jahr nun bat der Bauer die STV um die Nennung von Anhaltspunkten für seinen Nachbau in dem Sinne, wie es das zwischenzeitlich gefällte EuGH-Urteil vorsieht. Er erhielt keine Antwort. Stattdessen bekam er Post von den Rechtsanwälten der STV: eine Klageschrift, mit der sie Auskunftsansprüche der STV für zwölf namentlich genannte Pflanzensorten erheben. Sie führen aus, dass der Bauer mit diesen Sorten laut seiner eigenen Auskünfte in den Vorjahren in seinem Betrieb gewirtschaftet hat und dies Anhaltspunkt dafür ist, dass er nun damit Nachbau betrieben habe. Der Bauer und seine Anwälte teilen der STV noch innerhalb der vorgegebenen Fristen mit, dass sie die Auskunftsansprüche für diese zwölf Sorten anerkennen. Sie sind allerdings der Ansicht, dass sie keinen Anlass zur Klage gegeben haben, da der Bauer ja nicht plump die Auskunft verweigert hat, sondern lediglich Anhaltspunkte vorgelegt haben wollte.

Die STV vertritt den Standpunkt, sie müsse

auf solche Anfragen nicht reagieren, müsse außerhalb eines Gerichtsverfahrens keine Anhaltspunkte vorlegen, müsse kein so genanntes „qualifiziertes Auskunftersuchen“ vorlegen. Sie könne es auch gar nicht, weil es ihr „praktisch nicht möglich sei, alle ca. 200.000 in Deutschland im Haupterwerb tätigen Landwirte individuell anzuschreiben und jeweils vorher individuell ermittelte Anhaltspunkte darzulegen“. Das Landgericht in Braunschweig, gab der STV Recht und drückte dem Bauern die Verfahrenskosten auf.

Es geht weiter

Der Bauer und seine Kollegen in der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze gaben nicht auf. Da es sich bei ihnen und ihren Anwälten Miersch und Wilhelms um widerstandsfähigere Exemplare ihrer Art handelt, legten sie Beschwerde gegen das Urteil ein. Die Richter des nun zuständigen Oberlandesgerichtes sahen die Beschwerde als begründet an, schließlich habe der Bauer mit seinem Verhalten der STV tatsächlich keine Veranlassung zur Klage gegeben. Die Vorlage von Anhaltspunkten in ihrem Aus-

kunftersuchen beziehe sich in den höchstrichterlichen Urteilen nicht nur auf Gerichtsverfahren, sondern gelte auch schon für das vorgerichtliche Auskunftsverlangen. Auch dass dies nicht praktikabel sei ließen die Braunschweiger Richter nicht gelten. Sie erlegten die Kosten des Verfahrens der STV auf und schrieben abschließend: „Es kann dabei dahin stehen, wie detailliert Anhaltspunkte für einen möglichen Nachbau in einer vorprozessualen Auskunftsaufforderung dargelegt werden müssen, um den Auskunftsanspruch des Landwirts auszulösen und bei fehlender Auskunft von einer Klageveranlassung zu sprechen. Das Übersenden allgemeiner Vordrucke für über 500 Pflanzensorten zusammen mit dem ‚Nachbauratgeber‘ mag zwar eine legitime Form des ersten Ansprechens der Landwirte sein. Eine Verpflichtung zur Auskunft ergibt sich daraus jedoch noch nicht...“

Der Versuch der STV, über die Hintertür ihr pauschales Auskunftersuchen doch noch durchzudrücken ist gescheitert. Die Moral von der Geschichte: Bauern füllt keine Fragebögen aus, schreibt lieber persönliche Briefchen und wartet in Ruhe ab.

Claudia Schievelbein



Nachbau-Gebühren vor EuGH

Am 12. Januar verhandelte der Europäische Gerichtshof (EuGH) erneut in Sachen Nachbaugebühren. Diesmal ging es nicht um die Auskunft, sondern erstmals um die Gebühren selbst. Das Landgericht wie das Oberlandesgericht Braunschweig hatten die Nachbaugebührenhöhe von 80 Prozent der Z-Lizenzgebühr für nicht „deutlich niedriger“ – so die Formulierung im Gesetzestext – als die Z-Lizenz befunden. Die STV war erneut in Berufung gegangen, das Verfahren landete vor dem Bundesgerichtshof. Dessen Richter wiederum reichten unter anderem die Frage, was denn eine „deutlich niedrigere“ bzw. „angemessene“ Gebühr ist, an den EuGH weiter. In der Verhandlung in Luxemburg hat nun der Generalanwalt die Vorlage seines Schlussantrages für den 9. Februar angekündigt.

Vielfalt im Bunker

Gerüstet sein für das Schlimmste, für Supergaus jeglicher Art bzw. den Tag danach – das will die norwegische Regierung mit einem eigenwilligen Projekt sicherstellen. Im ewigen Eis auf Spitzbergen soll ein Bunker entstehen, in dem rund zwei Mio. Samen der weltweit etwa 300 Getreidearten hinter Meter dicken Mauern einen landwirtschaftlichen Neuanfang nach dem Tag X ermöglichen sollen. Die Welternährungsorganisation FAO gab ihre Zustimmung zu dem Projekt zum Erhalt der Kulturpflanzenvielfalt der Welt.

Brot mit Geschichte

Zur Finanzierung von Pflanzenzüchtung einmal anders

Die Themen Artenvielfalt, Gentechnik und Sortenschutz (Nachbaugebühren) genießen seit Jahren große Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit. Dabei wendet sich die Ablehnung der Gentechnik zunächst nur gegen eine Technologie und gegen die sie propagierenden Unternehmen sowie das zugrundeliegende Weltbild. Dahinter verbirgt sich eine Diskussion um Leitbilder. Der Vision der Gentechnik – Ertragerhöhung, Kostensenkung, Zentralisierung und Vereinheitlichung – setzen ihre Kritiker die Zukunftsvision der ökologischen Züchtung entgegen: Vielfalt der Kulturen und Sorten, ganzheitlicher Züchtungsansatz, Beteiligung der Landwirte und Gärtner, Geschmack und Lebensmittelqualität“, so beginnen Cornelia Roeckl und Oliver Willing ihren Beitrag zur ökologischen Saatgutzüchtung im Kritischen Agrarbericht 2006.

Dabei geht es um mehr als die Ansprüche des ökologischen Landbaus an eine eigene Pflanzenzüchtung. Im Sinne der bäuerlichen Interessen arbeiten die Pflanzenzüchter eigentlich nur noch eingeschränkt. Vielmehr steht vornehmlich der Profit im Vordergrund. Deshalb plädieren die Autoren dafür, eine sich davon abhebende Pflanzenzüchtung auch zu einer öffentlichen Auf-

gabe zu machen: „In der Züchtung wird nichts Geringeres als die Existenzgrundlage aller Menschen bearbeitet.“

Über die Entwicklung neuer partnerschaftlicher Verhältnisse zwischen Bauern, Verarbeitern und Züchtern ließen sich die Interessen der Einzelnen besser berücksichtigen. Dabei kommen die Nachbaugebühren ins Spiel, da „gerade eine Züchtung von Pflanzensorten, die für Nachbau besonders geeignet sind, auf solche Gebühren – in welcher Form auch immer – angewiesen ist.“ Es gibt bereits Ansätze für vertragliche Abschlüsse im Biobereich, die



Vom Brotpreis was an die Züchter? Schreiben Sie uns Ihre Meinung!

weiter diskutiert und verbreitet werden sollten und schließlich auch für die konventionelle Landwirtschaft greifen könnten.

In den Modellen von Getreidezüchter Karl-Josef Müller in Niedersachsen und der Sativa-Genossenschaft im Süden Deutschlands ist vorgesehen, alternativ zu einer Züchterlizenz erst beim Verkauf der Konsumware an die Verarbeiter ein Euro pro 100 kg an die Züchter zurückfließen zu lassen. Unter bestimmten Bedingungen lässt sich dieser Betrag auch auf den Verarbeiter mit umlegen. Die Sativa-Genossenschaft beispielsweise versucht dem Kunden zu vermitteln, wie die Getreidesorten, die die Körner für dieses Brot liefern, züchterisch entwickelt wurden. Sativa will dem Brot eine Geschichte geben, die auf vielen (finanziellen) Schultern ruht. Hier stehen Kommunikation und Transparenz dem entgegen, wie die konventionelle Züchtung sich derzeit zu finanzieren versucht.

CS

Den Artikel zum Weiterlesen gibt's im: Kritischen Agrarbericht 2006, siehe Coupon auf Seite 21.

30 Prozent Zinsen im Bier

Die Zinslast in Deutschland wächst. Josef Bopp stellt Eckdaten vor

Wer Geld ausleiht, zahlt dafür Zinsen. Wer z. B. 100.000 Euro zu 5 % ausleiht, muss dafür 5.000 Euro Zinsen je Jahr zurückzahlen. Bei einer Tilgung nach 20 Jahren ist also die doppelte Summe – 200.000 Euro – fällig. Für den Gläubiger, der die Zinsen seinem Vermögen zuschlägt, verdoppelt sich das ausgeliehene Geld bei 5 % sogar in 14 Jahren.

Zinsen auch ohne Schulden

Doch auch wer keine Schulden hat zahlt Zinsen. Im Jahr 2000 zahlten alle Schuldner zusammen an die deutschen Banken 370 Milliarden Euro Zinsen. Jetzt könnte man sagen, wer Kredite aufnimmt, ist selber Schuld und schließlich verdient er ja auch, wenn das Geld gewinnbringend investiert wird.

Wer aber bezahlt letztendlich diese Zinsen? Bei Privatkrediten ist es klar, aber wer zahlt die Zinsen von Bund, Ländern und Gemeinden? – Die Steuerzahler, also wir alle. Und wer bezahlt die Zinsen, die Unternehmen für Investitionskredite bezahlen? Die werden natürlich in die Preise inkalkuliert. Im Gegensatz zu den Mehrwertsteuern, bei denen die in den Vorstufen gezahlten Steuern jeweils ausgewiesen und abgezogen werden, akkumulieren sich die Zinslasten in voller Höhe mit jeder Produktionsstufe.

Aufgrund der Vielzahl dieser Stufen und der unterschiedlichen Kosten auf den einzelnen Produktionsebenen sind die gesamten Zinsanteile im Endprodukt nicht einzeln nachweisbar. In Form von statistischen Werten, bezogen auf die gesamte Wirtschaft, lässt sich aber sehr wohl der durch-

schnittliche Zinsanteil im Endprodukt ermitteln. Die aus den Statistiken zu entnehmenden gesamten Zinslasten sind auf die Größe des Sozialprodukts oder des Volkseinkommens zu beziehen. Oder, wie in der Berechnung der Tabelle 1, auf die verfügbaren Einkommen bzw. Ausgaben der Endverbraucher. Für die geldbezogenen Zinsströme wurden dabei die Zahlen der Bundesbank, bezogen auf alle Banken, ermittelt und nicht die durchweg 10 bis 20 % höheren Werte des Statistischen Bundesamts, die auch Fonds, Versicherungen usw. erfassen.

Für das Jahr 2000 lag der Zinsanteil demnach durchschnittlich bei mindestens 30 % aller Haushaltsausgaben. Hinzu kommt noch die Verzinsung des schuldenfreien

Sachkapitals. Geht man dabei in Deutschland von einer zu verzinsenden Sachkapitalgröße von mindestens 10.000 Mrd. Euro aus, dann würden sich die gesamten Zinsen nochmals um die Hälfte oder mindestens ein Drittel erhöhen (der verschuldete Sachvermögensanteil liegt bei 6.352 Mrd. Euro). Das heißt, die gesamten auf die Haushaltsausgaben umgerechneten Zinslasten liegen bei 40 bis 45 %. Nicht mitgerechnet sind dabei Geschäftskredite der Unternehmen untereinander sowie Privatkredite.

Unser Bier trinken wir also „sehr zum Wohle“ des Kapitals.

Josef Bopp, Bauer in Baden-Württemberg

Tabelle 1: Ermittlung des Zinsanteils in den Ausgaben

Jahr In Milliarden Euro	1950	1975	2000	Anstieg Faktor
verfügbares Einkommen/Jahr	36	357	1337	37
minus Ersparnis der Haushalte/Jahr	1,5	58	123	82
Haushaltsausgaben/Jahr	34,5	299	1214	35
Bankzinsserträge	2,1	299	370	176
Anteil am verfügbar. Einkommen	6 %	84 %	28 %	
Anteil an den Haushaltsausgaben	6 %	100 %	30 %	

Grundlage sind Zahlen der Deutschen Bundesbank

Tabelle 2: Zinsanteil in den Ausgaben der Landwirtschaft

	Haupterwerb (alle Betriebsgruppen)	Milchvieh / Futterbaubetriebe
Zinsen	5.064 €	6.045 €
Pacht	8.656 €	8.262 €
Milchquote	5.000 €	7.500 €
Summe Kapitaldienst	18.720 €	21.807 €

„Zehnt“ im 21. Jahrhundert: Bauern unterm Joch des Kapitals

Wie im oben stehenden Artikel berechnet, beansprucht das Kapital heute schon mindestens 40 Prozent unseres volkswirtschaftlichen Leistungskuchens. Jeden Tag fließt auf diese Weise allein in Deutschland rund eine Milliarde Euro von der Arbeit zum Kapital. Das sind 10.000 Euro pro Sekunde. Verteilt auf Arbeitsplätze und bei einem durchschnittlichen Bruttoverdienst von 29.500 Euro wie 2004 bei der LVA-BW könnte man damit über 12 Millionen Arbeitskräfte finanzieren (exakt 12.372.881) – nur über die Bankzinsserträge.

Und dieser Vorgang beschleunigt sich exponentiell: 1950 musste man nur ca. drei Wochen für die Zinsen arbeiten, heute arbeiten wir jedes Jahr mindestens vier Monate nur für die Zinsen. Bei Schulden kommt der gezahlte Zins noch dazu.

Die Landwirtschaft gehört dabei aber leider nicht zu den glücklichen Systemgewinnern, wie der extrem hohe Eigenkapitalanteil vermuten lässt. Der durchschnittliche

landwirtschaftliche Haupterwerbsbetrieb hat laut Agrarbericht 2003/04 zwar 519.831 Euro Eigenkapital, die Eigenkapitalrentabilität liegt aber bei 74,5 % der Betriebe bei minus 5,4 % bis minus 0,3 % und nur ein Viertel der Betriebe hat eine positive Eigenkapitalrentabilität (+ 1,3 % bis + 1,8 %).

Eigenkapitalrendite negativ

Dafür hat der Durchschnittsbetrieb Verbindlichkeiten von 115.100 Euro, der Schnitt der Milchviehbetriebe sogar 137.387 Euro und bei den Veredelungsbetrieben steht das Konto gar bei minus 170.779 Euro. Im Schnitt zahlen die Bauern dafür 4,4 % Zinsen, also zwischen 5.064 und 7.514 Euro im Jahr. Hinzu kommen noch Pachtzahlungen von durchschnittlich 8.656 Euro (37,8 ha x 229 €/ha) sowie die Kosten der gepachteten Milchquote von geschätzt 7.500 Euro (da im Agrarbericht nicht aufgeführt).

Hinzu zu addieren sich noch die Zinsanteile in den Konsumausgaben. Bei geschätzten Ausgaben einer Bauernfamilie von 25.000 Euro im Jahr sind das mindestens 10.000 Euro.

Rund 30.000 Euro je Betrieb

Der Transfer von der Arbeit zum Besitz wird somit von einer durchschnittlichen Haupterwerbs-Bauernfamilie jedes Jahr mit ca. 28.720 Euro unterstützt, beim Milchviehbetrieb sogar mit 31.807 Euro.

Bei den Subventionen schöpfen Landadel und Agrarindustrie den Großteil ab und von unserer gesamten volkswirtschaftlichen Leistung kassieren inzwischen Geldadel und Großkapital fast 50 Prozent. Und die Bauern rationalisieren und wachsen – auch wenn nur noch ein Drittel bleibt?! „Is aso? Wahr is!“

Josef Bopp

Landtechnik-Multis

Der „Agritechnica-Trader“ hat die weltweit größten Landtechnik-Hersteller wie folgt aufgelistet: An der Spitze John Deere (8,1 Mrd. Euro Umsatz in 2004), gefolgt von Case/New-Holland (6,7 Mrd.), Agco (4,4 Mrd.), Claas (1,8 Mrd.), Same-Deutz-Fahr (0,9 Mrd.) und Argo (0,9 Mrd.).

Klimakatastrophen in US-Landwirtschaft

Der Hurrikan „Katrina“ hat laut US-Schätzungen zu Schäden in der Landwirtschaft in Höhe von 900 Mio. Dollar geführt, sein Nachfolger „Rita“ noch einmal zu einem Verlust in Höhe von 20 Prozent des Agrar-Produktionswerts. Die Trockenheit im Mittelwesten könnte weitere Ernteauffälle von 1,3 Mrd. Dollar verursachen.

Extensiv ackern nach Dortmunder Modell

Bisher entzieht nicht nur ein Baugebiet der Landwirtschaft Flächen, sondern auch der Ausgleich für diesen Eingriff. Im Modellprojekt Landwirtschaft und Ökokonto geht die Stadt Dortmund nun einen anderen Weg

Ich will ja auch, dass Hecken gepflanzt werden“, sagt Dirk Liedmann, einziger Ökolandwirt auf Dortmunder Stadtgebiet. Aber wenn die ertragreichen Böden der Hellweg-Börde großflächig mit Büschen zugepflanzt werden, um naturschutzrechtlichen Ausgleich für Baumaßnahmen zu schaffen, dann tue das schon in der Seele weh.

Flächenentzug hoch zwei

Rund 500 ha hat die Stadt Dortmund bisher bei ihrer Bauleitplanung als Ausgleichsflächen für Eingriffe in den Naturhaushalt (Wohnbebauung u. a.) aus der meist landwirtschaftlichen Nutzung genommen. Problem dabei: Wer soll das pflegen? Dazu kommen noch die Eingriffsflächen, die durch Bebauung ebenfalls für die Landwirtschaft verloren gingen.

Mit dem Modellprojekt „Landwirtschaft und Ökokonto“, angestoßen im Bundeswettbewerb „Regionen aktiv“, will Dortmund nun seine Landwirtschaft stärken. „Niemand kann die Flächen so gut und so günstig bewirtschaften und pflegen wie die Landwirte!“ Dieser Satz klingt Bauer Liedmann nach den Arbeitskreistreffen noch in den Ohren. Außerdem erkennt das Landschaftsgesetz NRW seit 2000 auch Maßnahmen einer naturverträglichen Bodennutzung als so genannte produktionsintegrierte Ausgleichsmaßnahmen an.

Produktionsintegrierter Ausgleich

Bisher hat Dortmund acht Ausgleichsräume von jeweils mindestens 10 ha festgelegt, in denen gemeinsam mit interessierten Landwirten Maßnahmenpakete entwickelt werden. Ökobauer Liedmann bewirtschaftet die erste der ausgewiesenen Flächen nun im dritten Jahr und ist zufrieden: „Eine Änderung der Wirtschaftsweise war nicht erforderlich, sondern es wurde zum ersten Mal die Leistung des ökologischen Landbaus bewertet. Erstmals sind wir auch bei der Pflanzung von Hecken und Baumreihen schon in der Planungsphase mit einbezogen worden. Wir konnten der Verwaltung klarmachen, dass wir nichts gegen Hecken haben, aber dass Lage und Art der Bepflanzung genau zu überlegen sind. Im Modellprojekt setzt sich das Umweltamt nun mit uns zusammen und wir überlegen gemeinsam, wie Einzelbäume und Ackersäume angelegt werden.“

Viel Engagement nötig

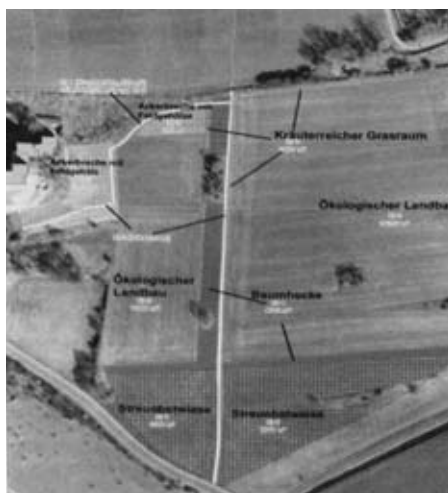
Am Beginn des Modellprojekts war es für Bauer Liedmann noch schwer zu überschauen, worauf er sich eingelassen hatte. Und ohne das Engagement von Einzelpersonen in Umwelt- und Planungsamt sowie bei der Kammer wäre es wohl nie zu dem „Dortmunder Modell“ gekommen. Dazu Bauer Liedmann: „Ich erinnere mich noch gut an

die ersten Arbeitskreissitzungen, wo man erstmal klären musste, was überhaupt eine ökologische Aufwertung ist, und diese dann mit Ökopunkten bewertete.“ Den konventionellen Landwirten sei es schwer zu vermitteln gewesen, Teilbereiche ihrer Flächenbewirtschaftung zu extensivieren, geschweige denn, den ganzen Betrieb umzustellen. Mit der Zeit sei aber die Einsicht gewachsen, dass die einzige Alternative den völligen Entzug der Flächen bedeuten würde.



Landwirte und Flächeneigentümer an einem Tisch: (v. l. n. r.) Dirk Liedmann, Dietrich Knuf, Werner Höing vom Umweltamt Stadt Dortmund, Herr Heinrich von der Montan-Grundstücksgesellschaft und Moderator Jens Steinhoff
Fotos: Erdmanski-Sasse

Letztlich liebäugelt die Stadt Dortmund wohl damit, mehr Landwirte für den Ökolandbau zu gewinnen. Vorläufig bietet sie für Einzelflächen das Maßnahmenpaket „extensiver Ackerbau nach Dortmunder Modell“ an, das den Kriterien der EU-



Geplante ökologische Aufwertung von Ackerflächen am Beispiel Dortmund-Barop

Öko-Verordnung 2092/91 entspricht. Als finanziellen Ausgleich gibt es 511 € je ha. Diese Summe berücksichtigt Ertragseinbußen und die Tatsache, dass die Feldfrüchte nur konventionell vermarktet werden können, da für eine Vermarktung nach Öko-Richtlinien eine Umstellung des gesamten Betriebes erforderlich wäre. Weitere Maßnahmen sind die bereits aus dem Kulturlandschaftsprogramm NRW bekannten Vertragspakete wie Blüh- oder Uferstrandstreifen.

Stadt als Großgrundbesitzer

Doch der finanzielle Ausgleich ist nicht der einzige Anreiz. Mit 1.000 ha ist die Stadt Dortmund der größte Eigentümer landwirtschaftlich genutzter Fläche vor Ort und hat bisher nur einjährige Pachtverträge vergeben, die den Landwirten wenig Planungssicherheit boten. Wer nun in einem Ausgleichsraum liegt und an der Extensivierung teilnimmt, dem winken auf städtischen Flächen fünfjährige Pachtverträge.

Für den Ökobetrieb von Dirk Liedmann, den er gemeinsam mit einem Partner als reinen Ackerbaubetrieb von 120 ha bewirtschaftet und das ausschließlich auf Pachtflächen, ist die Verfügbarkeit von Pachtland eine Überlebensfrage. Auch sein konventioneller Kollege Dietrich Knuf bewirtschaftet auf seinem 120 ha Ackerbaubetrieb überwiegend Pachtflächen. 10 ha davon hat die Stadt nun als Ausgleichsfläche ins Auge gefasst und ihn als Pächter auf die Extensivierung angesprochen. Er will die Flächen auf keinen Fall verlieren, aber in der Umstellung seines gesamten Betriebes auf Ökolandbau sieht er für sich keine Perspektive mangels Vieh und Arbeitskapazität z. B. für Direktvermarktung. Ob es sich für ihn lohnt, nur 10 ha ökologisch zu bewirtschaften, darüber ist er sich noch nicht sicher. Es fehle an Erfahrung und er lasse sich auf einen neuen Betriebszweig ein, der u. a. die Anschaffung spezieller Maschinen zur Unkrautregulierung nötig mache. Andererseits lockt ein Pachtvertrag über fünf Jahre. Und dass die Maßnahme auch danach weitergeführt wird, ist er sich ziemlich sicher.

Dass für das Dortmunder Modell von Seiten der Landwirtschaft durchaus Interesse besteht, zeigte das öffentliche Abschlussforum im Dortmunder Rathaus. Dort meldeten sich auch Landwirte zu Wort, die erwägen, ihre eigenen Flächen in die Extensivierung einzubringen, denn diese ist nicht auf die Eigentumsflächen der Stadt begrenzt. *we*

Filmtipp: „Ende im Gelände“ – ein interessanter Film zum Thema Flächenverbrauch und Alternativen auf Seite 20

Eintrittsgeld für den Wald

Gemeinschaftsaktivitäten in den knapp 800.000 Hektar bayerischen Staatsforsts gibt es offenbar nicht mehr umsonst. Der in der Staatsforst-Reform vom Sommer letzten Jahres gegründete eigenständige wirtschaftliche Betrieb schreibt in letzter Zeit fleißig Rechnungen. *Die ZEIT* berichtet: „Im ganzen Land häufen sich in den vergangenen Monaten die Proteste von Wandervereinen, die bei Volksläufen im Staatswald plötzlich zur Kasse gebeten wurden.“ Für die Benutzung von Waldwegen bei einem Marathonlauf in Zeil habe der Veranstalter 500 Euro zahlen müssen. Auch an eine Gewinnbeteiligung sei gedacht worden, was den Zeiler Bürgermeister Winkler erbot: „Hier werden die Bürger regelrecht abgezockt.“ Sogar für eine katholische Wallfahrtsprozession, die an anderem Ort durch Staatsforst führte, kam eine Rechnung. Das war denn nun auch der CSU-Fraktion zuviel. Fraktionschef Herrmann versprach, das nicht hinnehmen zu wollen. Die Prozessionsgebühr sei „ungeheuerlich und völlig indiskutabel“. Gegen die Forstreform im Juli 2005 hatte ein breites Bündnis von Bund Naturschutz Bayern und anderen ein Volksbegehren organisiert, das knapp scheiterte.

Agrarwende oder Siegeszug

Leserbrief zu „Seehofer sorgt für Aufregung“ in der Januar-Ausgabe

Mit dem neuen Agrarminister, Herrn Seehofer, kommt nun der Rückwärtsgang. Er will das, was seine Vorgängerin, Frau Künast, erreicht hat, klein reden und tut dieses als grüne Flausen ab. Alles sei nur ein Experiment gewesen, und dieses Experiment ist nun zu Ende, da es markt- und somit realitätsfern ist.

Frau Künast kam in ihr Amt, als Lebensmittelskandale im Land, aber auch in Europa an der Tagesordnung waren (BSE). Sie zog daraus die Konsequenz: Mehr Preis und Qualität statt alles billig und in Massen. Die Förderung der ökologischen Landwirtschaft und die Gentechniknovelle folgten. Diese beiden Errungenschaften wurden leider nur halbherzig umgesetzt. Die Gegenspieler, der Deutsche Bauernverband und die Agro-Chemie, haben Künast viel Wind aus den Segeln genommen. Unter Seehofer wird wieder die alte Richtung eingeschlagen. Die Einbahnstraße,

die konventionelle Landwirtschaft, wird sogar noch weiter eingeengt. Durch das Kippen der Gentechniknovelle wird das Feld für die hybriden Monokulturen ebnen. Mehr Chemie auf den Feldern, in den Früchten und in der Umwelt bedeutet dies. Der Bauer ist mehr Chemiker als Landwirt. Er verliert dadurch die Beziehung zu den Elementen seiner Arbeit.

Die Agrarwende, die zumindest versucht worden ist, bedeutet in ihrem Scheitern den Siegeszug der Agrochemie mit ihren fatalen Abhängigkeiten. Der Bauer, der schon jetzt zu den Niedrigverdienern gehört (2.000 Euro monatlich im Durchschnitt) wird weiter an die Wand gefahren. Nur noch durch Menge kommt er für kurze Zeit auf einen grünen Zweig. Frau Künast hat dieses alles erkannt und zumindest eine Agrarwende versucht. Ohne Erfolg?!

Brisant ist, dass Herr Seehofer sein Amt

übernahm in einer Zeit, während ein Fleischskandal uns Verbraucher kurzlebig in Schrecken versetzt hat. Die Reaktion von Seehofer: Eine Informationspflicht von der Skandalfirma für den Verbraucher ist auf halbem Weg verreckt. Die ersten, die Seehofer für seine wieder gefundenen konservativen Positionen gratulierten, waren der Bauernverband und die Agro-Chemie. Ein mieses Spiel zu Lasten der Verbraucher wird dort betrieben. Der Verbraucher, der nicht dumm ist, aber nativ, muss weiter Kröten schlucken. Solange bis er letztlich den Appetit verloren hat. Und ist man ehrlich, ist man an diesem Punkt schon längst angekommen. So lügt sich Herr Seehofer und der Verbraucher selbst in die Tasche. So funktioniert Politik. Wünsche noch guten Appetit!

Jens Schnitker, 28217 Bremen

Gans ohne Schröder

Als Gerhard Schröder noch Kanzler war, bekam er von einem Agrarbetrieb im ostdeutschen Lenzen eine Gans geschenkt, die dort auch weiter gehalten wurde, für die Eigner Schröder aber jährlich Futtergeld überwies. Jetzt aber kann oder will der Ex-Kanzler dem Vernehmen nach diese Kosten für seine Gans „Doretta“ nicht mehr tragen – trotz seiner Gazprom- und Ringier-Jobs. Da half denn ein Ehepaar aus Rügen aus und rettete Doretta durch Adoption. *en*

Kuh-Ballungsräume

Über 20.000 Kühe stehen laut *Agra-Europe* allein in der niederländischen Gemeinde Weststellingwerf, dichtauf gefolgt von weiteren vier Gemeinden mit immerhin jeweils 18.000 Kühen. Die Gemeinden mit der höchsten Viehdichte konzentrieren sich in den Provinzen Overijssel und Friesland. *en*



Der „junge“ Minister Horst Seehofer zeigte auf der Grünen Woche keine Angst vor dem Kamerameer. Foto: Jasper

Milchmenge ist der Punkt

Leserbrief zur Forderung von 40 Cent je Liter Milch

Solange die Milchmenge nicht im Griff ist, ist alles andere aussichtslos. Gerechter Milchpreis 40 Cent trägt nur dazu bei, den Verdrängungswettbewerb zu stärken. Das heißt genau genommen auch, es werden unzählige Milchviehhalter aufgeben müssen. In der Januarausgabe der Bauernstimme werden 215 Millionen Euro Investitionen angenommen [Anmerkung der Redaktion: Antwort von 988 Milcherzeugern bei Umfrage von 15 Maschinenringen Niedersachsen auf die Frage, wie viel Investitionen sie tätigen würden, wenn es kostendeckende Milchpreise gäbe]. Ich habe nicht den geringsten Zweifel, dass die Summen ausnahmslos in den Verdrängungsdrang gehen. Aus diesen Gründen geht auch jeder Milchboycott ins Leere. Immer mehr Milcherzeu-

ger sehen dies als Unsinn und sehen die Arbeit des BDM [Bund deutscher Milchviehhalter e. V.] auch als Unsinn.

Jeglicher Außenschutz, ob im Entwicklungsland oder bei uns, bleibt damit wirkungslos! Eigentlich ist es schade, dass das Problem nicht an der Wurzel gepackt wird.

Auch mit „Monsanto“ verhält es sich nicht im geringsten anders: Ausverkauf der Landwirtschaft über Patente. 25 Prozent der Schweinehaltung werden von Monsanto in Deutschland beherrscht. Es ist heute schon absehbar, wie lange es noch dauert, bis Monsanto die übrige Tierhaltung und den Ackerbau beherrscht.

Wilhelm Baumann,
97996 Niederstetten / Streichental

Zukunftsvision

Leserzuschrift
zur Energiewirt-Diskussion

Wenn man die Entwicklung am Markt so betrachtet, gibt es für die Bauern in Zukunft nur eine Überlebenschance: Die Erzeugung von Energie-Energie-Energie!!! Im öffentlichen Bewusstsein ist die Energie heute schon viel wichtiger, als es Lebensmittel je sein können.

Ohne Nahrung kann im Prinzip jeder wochenlang überleben, ohne Energie höchstens ein paar Stunden!

Wenn die Bauern/Bäuerinnen auf all ihren Feldern nur noch Energiepflanzen oder Solaranlagen anbauen würden, hätten sie sicher ein höheres Einkommen und vor allem ein höheres Ansehen, als wenn sie – wie bisher – Milchseen und Fleischberge produzieren würden.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrung wäre sicher kein Problem; die Deutschen sind sowieso schon so an Schlachtabfälle, Gammelfleisch, Genfood, künstliche Aromastoffe, Hormone, Vitamine usw. gewöhnt, dass eine völlige Umstellung leicht möglich ist. Im Prinzip reichen die Schlachtabfälle und abgelaufenen Supermarktprodukte der umliegenden Länder leicht aus, um die deutsche Bevölkerung ausreichend und vor allem billig ab zu speisen.

Spätestens dann, wenn alle staatlichen Ausgleichszahlungen weggefallen sind, wird sich die Landwirtschaft am Marktgeschehen orientieren müssen. Alle, die sich früh genug umstellen, werden am meisten davon profitieren.

Andreas Rimmelberger,
84508 Burgkirchen

Zwei Stücke für die Seele

„De ole Buur“ und „Usals Traum“ sind ein Plädoyer für die bäuerliche Landwirtschaft und unseren verantwortungsvollen Umgang mit der Natur

Etwas ist faul in der deutschen Landwirtschaft – ... dass man daraus ein Theaterstück machen kann und zwar ein ebenso lustiges wie informatives, das ist neu. Man kann, und das ist vor allem dem intelligenten schauspielerischen Geschick von Peter Henze und Vera Briewig zu danken“, urteilt das Gandersheimer Kreisblatt.

De ole Buur un sin Öko Deern

Mit diesem Volksstück (hochdeutsch: Der alte Bauer und die Ökotussi) touren die beiden Schauspieler seit 2003 über Land – im November 2004 waren sie z.B. bei der AbL-Mitgliederversammlung in Altenkirchen. Die Story: Bauer Jan Hinrichs wollte Bauer sein, weil er stolz war auf seinen Hof und zufrieden mit seiner Arbeit.

Auf Zuraten von Funktionären hat er modernisiert: Wachstumsförderer aufs Feld und Schweine im Maststall, die leichter vor Streß umfallen. Dann kam der Ärger mit der Milchquote. BSE und MKS brachten ihn an den Rand des Ruins. Er bemerkte, dass reiche Ernten aus Preisgründen vernichtet wurden und sein Schweinefleisch nicht mehr schmeckte wie früher. Dann haut sein Sohn ab. Und was schickt ihm die Landwirtschaftskammer als Betriebs helfer? So'ne junge Tussi mit Vorliebe für den Öko-Landbau!

Es ist ein kritisches Stück über das Elend der



De ole Buur un sin Öko Deern: zwei Generationen, zwei Ansichten. Peter Henze als Bauer Jan Hinrichs und Vera Briewig als Ökotussi.

Preise, die Macht und Ohnmacht der Verbraucher und zugleich eine Liebeserklärung ans Land. Es geht versöhnlich mit den Bauern um, die dem Stress der industriellen Produktion unterworfen sind, und wirbt für eine regionale, bäuerliche Landwirtschaft.

Peter Henze, Schauspieler und langjähriger künstlerischer Leiter der Theaterwerkstatt Hannover, weiß, wovon er erzählt. Seit zehn Jahren bewohnt und bewirtschaftet er einen Resthof in Arbste, Niedersachsen, und erlernte den Beruf des Bauern im zweiten Bildungsweg.

Usals Traum

Dieses zweite Stück ist konzipiert für kleine Menschen ab acht Jahren. Es ist die Geschichte vom Zusammenleben der Menschen mit den Tieren, wie man sie achtete und mit der Massentierhaltung dann jedes Maß verlor. Usal, ein alter Mann, schrieb es auf. Und ohne Gefühlsduselei, aber in Trauer erzählt er von seinem Traum, dass die Menschen hätten rechtzeitig begreifen können, dass die Erde ein blühendes Land hätte sein können für Pflanzen, Tiere und Menschen. Und er erzählt von seinem Wunsch, seine Geschichte zu erzählen vor einer Schulklasse oder in einem Theater – eine Geschichte, die vielleicht doch noch gut ausgeht ...

Lust auf ein Gastspiel?

Das Erzähltheater Henze & Co spielt nicht nur auf Bühnen, sondern auf Hoffesten, in Schulen oder im Dorfgasthaus ohne jeden technischen Aufwand. Als Volksstück hat „De ole Buur“ unverkennbar norddeutsches Flair mit Anleihen aus dem Plattdeutschen. Es ist aber auch in Süddeutschland und Österreich gut verstanden worden. Die beiden Schauspieler freuen sich, mit unterschiedlichem Publikum ins Gespräch zu kommen z. B. auch im Agenda-21-Prozess zur nachhaltigen Entwicklung. Beide Stücke können auch gemeinsam gebucht werden als Theater-Natur-Paket. *we*

„De ole Buur un sin Öko Deern“ wird gespielt am

12. und 13. März 2006 jeweils um 19.30 Uhr in Bückeburg im Schloß Baum beim LandFrauenVerein Rinteln sowie innerhalb der Kulturellen Landpartie im Wendland am 29. April um 19.30 Uhr in Rosche im Bauckhof Stütensen, am 3. Mai um 20.00 Uhr in Bramsche im Universum und am 3. Juni um 19.30 Uhr in Clenze im Gut Korvin.

Kontakt: Theater Henze & Co., Arbste 7, 27330 Asendorf, Tel: 04253-92011, Fax: -92016, info@theater-henze.de, www.theater-henze.de

Treu zum Familienauftrag

Ein Bauernhof geerbt. Wau! Und dazu noch 6 ha fruchtbares Ackerland und 6,25 ha saftige Wiesen. Und das in Oberschwaben, mitten in der Wiege barocker Kultur. Wenn das kein Auftrag ist, die Kirche im Dorf zu lassen und als bodenständiger Bauernsohn alle Energie in die Entwicklung des Familienerbens zu stecken. Zumal damals die Kassen Baden-Württembergs noch gefüllt waren und ich mit 16 Kühen plus Nachzucht im Ziel die Förderschwelle schaffte, zumindest theoretisch, und somit Anspruch auf Staatsknete zu 0,5 Prozent Zins hatte. Also nichts wie schaffe, schaffe, Häusle baue und it noch de ...!

Der Aussiedlerhof entwickelte sich von 16 auf 28 und dann auf 45 Kühe und zum Schluss in einer GbR (Gesellschaft bürgerlichen Rechts) auf 72 biologisch-organisch ernährte Kühe plus Nachzucht.

Nach den Mädchen habe ich dann trotzdem geschaut – nicht nur zwecks Nachzucht. Und so lebten ich, meine Liebste und unsere drei Allerliebsten in Frieden, bis, ja bis ich merkte, dass die politischen Früchte der AbL wahrscheinlich erst nach meinem Rentenbeginn die bäuerlichen Bauern laben würden. Spät startete ich durch – investierte nochmals 300.000 nicht vorhandene DM, vergrößerte auf besagte 72 Kühe – in Missachtung der Erkenntnis, dass ich für Kapital, Boden und Milchquote lohnen muss – und



mein Ex-Hof im Baden-Württemberg

... aus Schwaben

dann auch noch meine Liebste die Selbstverwirklichung entdeckte, war ich allein mit den Kühen.

Ich mag Kühe – aber Kühe als Lebensziel? Kühe als Familie? Kühe als Lebensaufgabe? Spätestens dann wird man philosophisch.

Als verantwortungsbewusster Mensch schmeißt man natürlich nicht sofort den ganzen Bettel hin, sondern stürzt sich in noch mehr Arbeit. Eine Aufgabe des Betriebes!? Kommt nicht in Frage. Welche Blamage: ökonomischer Versager, natürlich Bio und AbL ...

Aber es kommt, wie es kommen soll:

Ein idealistischer Neueinsteiger klopft bei mir an: Kindheitstraum eigenständiger Bauer, Landwirtschaftslehre, Landmaschinenmechanikerlehre, macht zur Zeit seine Meisterarbeit über meinen/seinen Hof, will mein „Lebenswerk“ weiterführen.

Seine Ideen zur Betriebsentwicklung erinnern mich an meine frühen Jahre. Sein Glaube, dass nicht die Rahmenbedingungen, sondern die Tüchtigkeit des Betriebsleiters entscheidend sind, entspringt mit Sicherheit seiner guten Schulbildung. Schließlich können wir Schwaben bekanntlich alles außer ... Also packe ich mit an und liebe wieder meine Kühe. Und obwohl der Tag auch für Idealisten nur 24 Stunden hat, freue ich mich mit ihm über seine 30 Stunden-Pläne.

Nach einem Jahr gemeinsamen Schaffens muss es wohl sein. Schweren Herzens sitze ich beim Notartermin. Er natürlich auch schweren Herzens, aber aus anderen Gründen. Wenn es beim Einkommen auch nie spürbar wurde, so bin ich doch ein vermögender Mann, und es ist ganz schön happig, was so ein Nicht-Erbfolgegünstling für seinen Lebenstraum bezahlen muss, trotz Abzug von 25 Prozent Dankesrabatt und verteilt auf 20 Rentenjahre.

Ich wünsche ihm viel Erfolg und kämpfe weiter für eine bäuerliche Landwirtschaft. Die Verantwortung trägt aber alleine der tüchtige Bauer!? Ich habe meinen Auftrag erfüllt – das Familienerbe lebt weiter.

Menschenrecht statt Handelsrecht

Die Welthandelsorganisation (WTO) macht Druck, die Agrarmärkte zu öffnen und Billigprodukte reinzulassen. Wer profitiert davon? Jedenfalls nicht der „kleine“ Bauer, weder in Europa noch sonst wo auf der Welt. Das wird deutlich in der jüngst erschienenen Studie „Der Handel mit dem Hunger. Agrarhandel und das Menschenrecht auf Nahrung“. Autor Armin Paasch kritisiert die riesigen Handelkonzerne, die die durch den weltweiten Agrarhandel erzielten Gewinne einstreichen und fordert, dass Menschenrechte wie das auf Nahrung über alle anderen Rechte zu stehen haben. *bt*

FIAN u. a. (Hrsg.): „Der Handel mit dem Hunger. Agrarhandel und das Menschenrecht auf Nahrung“. Für 1,50 € zu bestellen bei FIAN: 0221-7020072, fian@fian.de

Ein Milchkontrolleur als Hilfs-Sheriff

Ein Krimi aus dem Landkreis Stade

Eine selbstbewusste, allein lebende Frau wird in ihrem allein stehenden Haus zwischen Elbmarsch und Moor kaltblütig ermordet. Ein Rind soll zum Schlachter ermordet. Ein Rind soll zum Schlachter ermordet, doch es springt dem Bauern vom Hänger. Die Verfolgungsjagd führt Bauer und Schlachter zum Graben, in dem die Leiche liegt. Es wird der erste Fall des neuen Staatsanwalts, der gebürtig aus dem Ort stammt und in der Kreisstadt Karriere machen will. Doch seine Ermittlungen kommen nicht so recht voran, obwohl er in seinem Bruder, dem Milchkontrolleur, seinen besten Informanten hat. Der verliebt sich just in die junge neue Reporterin der Lokalzeitung, die über den Fall schreiben soll – noch so ein Zufall.

Zwei weitere Frauen sterben in dem Dorf. Gibt es einen Zusammenhang? Die Suche nach Mord-Motiven und den Alibis gleich mehrerer eigenwilliger Bauern beginnt. Wer war zur Tatzeit nicht beim Schützenfest oder ist so nüchtern geblieben, dass er einen solchen Mord begangen haben könnte – oder war es gar eine Frau, wie

die Redakteurin vermutet? Am Ende landet sogar der Milchkontrolleur in Untersuchungshaft.

Der Autor Thomas B. Morgenstern, Jahrgang 1952, der im wirklichen Leben mit seiner Familie einen Demeter-Hof in der Elbmarsch bewirtschaftet, hat mit dem „Milchkontrolleur“ seinen ersten Kriminalroman geschrieben. Darin geht es mal herbe, mal gefühlvoll zu. Es überwiegen deutlich die kruden Gestalten, die durch die Augen des Milchkontrolleurs vorgestellt werden und für die Mordfälle eine mehr oder weniger wichtige Rolle spielen. Es gibt richtig spannende Szenen, erotische und liebevolle, und am Ende eine kleine Überraschung.

uj

Thomas B. Morgenstern: *Der Milchkontrolleur. Kriminalroman.* Verlag MCE (Medien Contor Elbe), Drochtersen, 2005, 206 S., Taschenbuch, 10,90 €. ISBN: 3-938097-03-5. Bezug über ABL-Verlag.



Ende im Gelände

Preisgekrönter Film über den verschwenderischen Umgang mit unserer Landschaft



20 Jahre Zersiedlung liegen zwischen diesen Fotos, aufgenommen zwischen Reutlingen und Tübingen. Entnommen aus dem Buch zu „Ende im Gelände“.

Das ein Naturschutzverband unter die Filmproduzenten geht, ist sicher kein alltägliches Ereignis. Der Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg hat mit seinem 45-minütigen Dokumentarfilm „Ende im Gelände“ diesen Schritt gewagt und zeigt in eindrücklicher und unterhaltsamer Weise den verschwenderischen Umgang mit unserer Landschaft an konkreten Beispielen.

Die Probleme des Bauens auf der „grünen Wiese“ wie Verlust wertvoller Ackerböden, ausufernde Städte, Schlafdörfer und Berufspendler im Stau auf der Autobahn sind bekannt. Doch erhebt der Film hier nicht den Zeigefinger, sondern zeigt, dass damit auch ein Verlust von Lebensqualität verbunden sein

kann: So fühlt sich die junge Mutter im ersehnten Häuschen im Grünen ohne Auto wie eingesperrt. Eine Andere kutschiert ihre Sprösslinge im eigenen Auto vom Kinderarzt zum Turnverein und so weiter. Schließlich siedelt eine Familie zurück in die Stadt. Die Kinder können nun alles selbst erreichen und die Mutter hat wieder Zeit.

„Wie wollen wir leben?“, fragt der Film. Gezeigt werden positive neue Ansätze in der Stadtplanung am Beispiel eines attraktiven Innenstadtviertels in einer ehemaligen Kaserne in Tübingen, wo Wohnen und auch Arbeiten in kleinen Gewerbebetrieben unter einem Dach möglich sind. Wie lange können wir uns die kostenintensive Zersiedlung mit dazugehöriger Infrastruktur und Verkehr überhaupt noch leisten, so Prof. Ipsen aus Kassel – einer der vielen Experten, die zu Wort kommen.

Während Wohnen und Gewerbe ins Umland abwandern, verbrachen die Innenstädte zusehends. So spricht sich der Film für eine konsequente Innentwicklung und Wiederbelebung unserer Städte aus, um den ländlichen Raum als solchen in seiner Funktion für die Lebensmittelproduktion zu erhalten. Denn gerade im ländlichen Raum nehmen die Siedlungs- und Ver-

kehrflächen bisher doppelt so schnell zu wie in den Ballungszentren. Mehr Hintergrundinformationen, Zahlen und Fakten dazu vermittelt das Lesebuch zum Film. Konzipiert ist der Film als Unterrichtseinheit für Volkshoch- und andere Schulen bzw. als Diskussionsgrundlage für Gemeinderäte, Architekten und Umweltgruppen. Er regt an zu der Leitbilddiskussion, wie wir in Zukunft nachhaltig leben, wohnen und arbeiten wollen. Instrumente zur Steuerung des Flächenverbrauchs wie Planungsrecht, interkommunale Flächenpools und Bodenschutzabgabe werden angeschnitten. Hochaktuell wird der Film, weil Eigenheimförderung und Pendlerpauschale, also die staatliche Subventionierung der Zersiedlung, politisch zur Diskussion stehen. Für seine spannende, informative und wissenschaftsnahe Darstellung erhielt der Film den Medienpreis der Deutschen Geographie 2005.

we

„Ende im Gelände“, Buch (80 S.) und DVD (45 min.), ISBN 3 8030 0650 3, 12,80 €, Bezug: LNV-Geschäftsstelle, Olgastr. 19, 70182 Stuttgart, Tel. 0711-24 89 55 20, Fax: -24 89 55 30, info@lmv-bw.de.

Vom Mädchen, das aus der Steinzeit kam

Das Dschungelkind. Besprochen von Bauer Johannes Deventer

Im Alter von fünf Jahren kommt Sabine Kuegler als Tochter deutscher Sprachforscher und Missionare nach West Papua (Indonesien). Hier bauen die Eltern für sich und ihre drei Kinder ein Haus mitten im Urwald. Sie leben beim Volk der Fayu, einem Stamm, der – gerade erst entdeckt – noch wie in der Steinzeit lebt, erreichbar nur über den Luft- oder Wasserweg. Sie lernt zu jagen, zu klettern, in Flüssen zu schwimmen, wo es von Krokodilen wimmelt. Anstatt Pommes isst sie geröstete Insekten, statt Kaugummi kaut sie Fledermausflügel.

Bei den Fayu gibt es keine lachenden Kinder, es herrscht Angst vor, da sie in ständigem Krieg mit anderen Stämmen leben und die Blutrache praktizieren, d. h. sie kennen eigentlich keinen natürlichen Tod. Die „Missionarsfamilie“ lebt praktisch das Gegenteil vor und die Ureinwohner beobachten genau, wie sie miteinander umgehen und das tägliche Leben meistern. Die Fayu lernen, was teilen heißt und einstecken für den Nächsten. Die Familie bringt aber auch Hilfe durch ihr Vorleben von anderen Werten etwa einem würdigeren Frauenbild oder Möglichkeiten zur friedlichen Konfliktlösung. So erwacht bei den Fayu die tiefe Sehnsucht nach Frieden und sie wird Realität.



Es fasziniert, wie die Familie unter diesen extremen Bedingungen funktioniert, und die starken Eltern ihren Kindern die Tür nach Hause zur europäischen Kultur offen halten.

Mit 17 Jahren kommt Sabine Kuegler zurück nach Europa in eine andere Welt, wo selbstverständliche Dinge ihr Probleme bereiten und Ängste erzeugen, Ängste, die sie so in der Natur nicht kannte. So bereitet

et ihr das Überqueren einer Straße mit Autoverkehr größte Schwierigkeiten. Auch begreift sie zunächst die überwältigende Fülle in den Supermärkten und die Tatsache dass es das alles immer gibt, nicht. Neu auch die Erfahrung der sozialen Einsamkeit in der Gesellschaft, wo jeder für sich lebt. Obwohl sie das Leben hier inzwischen gemeistert hat, zieht es sie zurück; irgendwann möchte sie nach

Hause, zurück zu ihrer Kindheit nach Papua Neuginea. Denn trotz aller Gefahren und Einschränkungen fühlt sie eine tiefe Sehnsucht nach ihrem Wald und ihrer großen Familie. Lesenwert.

Johannes Deventer

Sabine Kuegler: *Dschungelkind*, 345 Seiten, 19,90 €, Droemer Verlag 2005, ISBN 3-426-273616. Bezug über den ABL-Verlag.

Kurzes am Rande

Kornkreis-Phänome

Zwei bekannte Kornkreisforscher präsentieren ihre aktuellsten Bilder und Augenzeugenberichte von Kornkreisen rund um den Globus. Auch wissenschaftliche Untersuchungen werden beschrieben, von historischen Kornkreisen wird berichtet, z. B. von jahrhundertalten Kornkreis-Ritualen der südafrikanischen Zulu, einem Kornkreis als Beweismittel in einem Hexenprozess 1590 oder dem ersten Foto aus dem Jahre 1937. Und vor allem: ganz viele schöne Bilder von faszinierend-vielfältigen Kreationen in den Kornfeldern. en

W. Anderhub, A. Müller: *Phänomen Kornkreise; Forschung zwischen Volksüberlieferung, Grenz- und Naturwissenschaft*. 128 S., AT-Verlag, Baden/München, 2005, 21,90 Euro. Bezug im Buchhandel.



Die Landwirtschaft: Pflanzliche Erzeugung

Über 40 Autoren aus Nord- und Süddeutschland geben in der Neuauflage dieses Lehrbuchs einen beeindruckend umfassenden und aktuellen Überblick über alle wichtigen Kulturen. Die Themen Bodenschutz, Bodenbearbeitung, Grundlagen von Pflanzenbau und Pflanzenschutz, nachwachsende Rohstoffe, Ökolandbau, Naturschutz und Landschaftspflege wurden wesentlich erweitert. en

Die Landwirtschaft: Pflanzliche Erzeugung. blv-Buchverlag München, 12. Aufl. 2006, 1.120 S., 743 Abb., 510 Tab., 58,00 Euro, zu beziehen im Buchhandel.

Agrar-Adressbuch

Über 6.000 umfangreiche Adressdaten von allen wichtigen Behörden und Organisationen der Land- und Ernährungswirtschaft hat der Behr's-Verlag in der 52. Auflage seines Standardwerks aufgelistet. Sachwort- und Personenverzeichnis erleichtern die Suche nach Ansprechpartnern. en

Behörden und Organisationen der Landwirtschaft und Ernährungswirtschaft 2005/2006, ca. 600 S., 129,50 zzgl. MWSt, Behr's Verlag Hamburg, Tel: 040-227008-0, info@behrs.de.

Nutztierhaltung in Niedersachsen

Für alle Nutztierarten hat das ISPA-Institut Vechna ermittelt, wie sich die Bestände entwickelt haben, welchen Anteil Niedersachsen daran hat, in welchen Landkreisen und Kommunen sich die Haltung – in welchen Bestandsgrößen – konzentriert.

U. Freisinger, H.-W. Windhorst: *Sektorale und regionale Strukturen der Nutztierhaltung in Niedersachsen. Weiße Reihe Band 25*, 112 S., Vechna 2005, 10,00 Euro, Bezug: ISPA, Tel. 04441-15344, Fax: -15445.

Fachstufe Landwirt

Das Standardwerk für die landwirtschaftliche Berufsschule liegt seit einiger Zeit in der neuesten Auflage vor. Die aktuelle Zusammensetzung von Produktions- und Arbeitsvorgängen in den Betriebszweigen des pflanzlichen und tierischen Bereichs enthält auch Rentabilitätsberechnungen und ökologische Aspekte, das Buch enthält viele gute Abbildungen, Tabellen und Grafiken. en

Agrarwirtschaft – Fachstufe Landwirt, Fachtheorie für pflanzliche und tierische Produktion. 592 S., 762 Farbfotos, 575 Abb., blv-Verlag, München, 35,50 Euro, Bezug über Buchhandel.

Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch **Der kritische Agrarbericht**

bitte ankreuzen

Ausgabe 2006 2005 2004 2003 2002 2001 2000
19,80 € 19,80 € 19,80 € 21,00 € 19,80 € 20,00 € 19,00 €

.... Expl. **Der Wollmützenmann**, Stückpreis 11,90 € **NEU!!!** _____ €

.... Expl. **Matthias Stührwoldt live**, CD, Stückpreis 13,90 € **NEU!!!** _____ €

.... Expl. **Verliebt Trecker fahren**, Stückpreis 9,90 € _____ €

weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 €

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr. _____ BLZ _____ Bank _____

Telefon _____ ggf. E-Mail _____

Name _____ Adresse _____

Datum _____ Unterschrift _____

Bestellung an: ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221



Förderpreis
Naturschutzhöfe

Förderpreis Naturschutzhöfe

Die Stiftung Ökologie & Landbau schreibt im Rahmen eines Wettbewerbs den Förderpreis Naturschutzhöfe 2006 aus

Ziel

Mit dem Förderpreis Naturschutzhöfe sollen vorbildliche Leistungen von Landwirten gewürdigt werden, die beispielhaft und zugleich umfassend Naturschutz in die Praxis ihres Betriebes einbinden. Gesucht werden Betriebe, deren erfolgreiches Engagement Ansporn und Vorbild für andere Betriebe darstellt.

Die Bewertung bezieht sich auf die Bereiche

- Naturschonende Bewirtschaftung
- Aktive Maßnahmen zur Landschaftsaufwertung
- Biologische Vielfalt auf der Betriebsfläche
- Öffentlichkeitsarbeit in Verbindung mit den Naturschutzmaßnahmen

Dotierung und Bewerbung

Der Förderpreis Naturschutzhöfe ist mit insgesamt 21.000 Euro dotiert.

Die ausgezeichneten Betriebe werden in das Netzwerk Naturschutzhöfe aufgenommen, um diese erfolgreichen Beispiele auch nach dem eigentlichen Wettbewerb öffentlichkeitswirksam darzustellen.

Bewerbungsende für den Wettbewerb ist der 31. März 2006.

Die Bewertung

Eine unabhängige Jury ermittelt die Preisträger. Grundlage der Bewertung sind der Bewerbungsbogen sowie die Eindrücke, die sich vor Ort ergeben.

Bewerbungsunterlagen:

Stiftung Ökologie & Landbau
Weinstraße Süd 51
D-67098 Bad Dürkheim
Tel. 06322-98970-222
Fax 06322-98970-1
E-Mail naturschutzhoefe@soel.de
www.naturschutzhoefe.de



Gefördert durch das Bundesamt für Naturschutz mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit



(Klein) Anzeigen

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 10,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 20,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 12,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de, Anzeigenschluss für BS März 2006 ist am 17. Februar.

Veranstaltungen

Identität und Offenheit

01. bis 04. Februar 2006, Dornach/Schweiz
Landwirtschaftliche Tagung der Freien Hochschule für Geisteswissenschaft auf der Suche nach einer neuen Landwirtschaftskultur Goetheanum, ☎ 0041 61 7064-212, Fax: -215, www.sektion-landwirtschaft.org

Wie geht's weiter?

03. bis 05. Februar 2006, Loccum
Die Loccumer Landwirtschaftstagung zum Thema: Agrarpolitik zwischen Handelsliberalisierung und Haushaltsnot.
Ev. Akademie Loccum, 31545 Rehburg-Loccum, ☎ 05766 81-0, Fax: -900, www.loccum.de

Obstbaumpflege im Streuobstbau

06. bis 08. Februar 2006, Lauda-Beckstein
Kurs zu Kulturgeschichte, Grundlagen und Obstbaumschnitt
Ländliche Heimvolkshochschule Lauda, ☎ 09343-589190, Fax: -613781, www.LHVHS.de

Ökologischer Weinbau

06. bis 09. Februar 2005, Bollschweil
Einführungskurs in Zusammenarbeit mit ECOVIN Bundesverband und Beratungsdienst für ökologischen Weinbau
Kath. Landvolkshochschule St. Ulrich, 79283 Bollschweil/St. Ulrich, ☎ 07602-9101-0, Fax: -90, info@St-Ulrich-LVHS.de

Lernort Bauernhof

10. bis 12. Februar 2006, Altenkirchen
Neben der Vorstellung von Schulbauernhöfen und Projekten gibt es Vorträge zu: agrarpolitische Rahmenbedingungen für das Ler-

nen auf dem Bauernhof, Schulklassen auf dem Bauernhof – ein Projekt der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein, Lehrgänge zur Bauernhofpädagogik – Konzepte und Curricula, Zertifizierte Hofführerinnen und vieles mehr. Speziell für Neulinge stellt Kerstin Gronbach „Die kleine Schweineschule“ vor und Gerhard Schmid den „Schul- und Erlebnisbauernhof Schmid“. Zum Abschluss wird die Bundesarbeitsgemeinschaft „Lernort Bauernhof e. V.“ die Perspektiven des Netzwerkes und die weiterhin geplanten Tätigkeiten darstellen.
Evangelische Landjugendakademie, Dieperzbergweg 13-17, 57610 Altenkirchen/Ww., ☎ 02681-95160, Fax: -70206, info@lja.de.

Faire Preise für heimische Bauern!

16. Februar 2006, BioFach Nürnberg
Der Fachkongress bietet Erfahrungen aus dem Projekt der Upländer Bauernmolkerei und dem Projekt „Erzeuger Fair Milch“ mit: Josef Jacobi, Biobauer und Vorstandsvorsitzender der Upländer Bauernmolkerei; Prof. Holger Thiele, Bundesforschungsanstalt für Ernährung und Lebensmittel; Rüdiger Brüggemann, Bioland Bayern – Koordinationsstelle Biomilch; Frank Deltau, Querbeet – Bio Bio Frischvermarktung GmbH; Heinz Elfenkämper-Raymann, Geschäftsführer Hamfelder Hof
13.00-14.30 Uhr, im Raum Istanbul (CCN Ost), BioFach 2006, www.biofach.de, NürnbergMesse GmbH, ☎ 0911-86 06-0, Fax: -82 28

Honorierung ökol. Leistungen

16. und 17. Februar 2006, Schneverdingen
Fachtagung zur ergebnisorientierten Honorierung ökologischer Leistungen im Grünland Nord-

westdeutschlands
Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz, 29640 Schneverdingen, ☎ 05199 9890-70, Fax: -95, www.nna.de

Homöopathie im Kuhstall

07. Februar 2006, Petersberg

Landfrauenbildungswoche

13. bis 17. Februar, Petersberg
Thema: Brücken zwischen den Generationen

Landwirtschaftlicher Studientag

18. Februar 2006, Petersberg
Thema: Unternehmen Bauernhof mit Professor Heißenhuber vom Wissenschaftszentrum Weihenstephan, einer Kneipp-Bäuerin, einem Kulturwirt, Mönchen aus dem Kloster Plankstetten und anderen erfolgreichen bäuerlichen Unternehmern.
Katholische Landvolkshochschule Petersberg, Postfach 61, 85251 Erdweg, ☎ 08138 9313-23, Fax: -22, www.ptbg.de

Ohne Hofnachfolge

18. und 19. Februar 2006, Hohebuch
Besprochen werden betriebliche, steuerliche, rechtliche und menschliche Fragestellungen für Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe ohne Hofnachfolge.

Richtig vorsorgen

23. Februar 2006, Hohebuch
Besprochen werden Betreuungsrerecht, Güterstände und Erbrecht in der bäuerlichen Familie.
Ländl. Heimvolkshochschule Hohebuch, 74638 Waldenburg-Hohebuch, ☎ 07942-107-0, Fax: -20, www.hohebuch.de

Ziegen- und Schafhaltung

01. bis 04. März 2006, Creglingen
Haltung und Tierpflege, Ziegenkäseherstellung, Zerlegen eines Lammes
Ländl. Heimvolkshochschule Lauda, ☎ 09343-589190, Fax: -613781, www.LHVHS.de

Bäuerliche Nutztierhaltung

14. März 2006, Güstrow
Fachtagung des Agrarbündnis Mecklenburg-Vorpommern zu Perspektiven bäuerlicher Nutztierhaltung in Mecklenburg-Vorpommern. Am Vormittag werden die Möglichkeiten der ELER-Verordnung ab 2007 für mehr und sinnvolle Arbeit im ländlichen Raum diskutiert. Vorgestellt wird die bäuerliche Schweinehaltung als wirtschaftliche Alternative zur industriellen Schweineproduktion und das Recht auf Bürgerinitiative im ländlichen Raum. Am Nachmittag stellen sieben Landwirtschaftsbetriebe ihre besonders artgerechte Tierhaltung vor.
BUND M-V, ☎ 0385 565470, Fax: -563661, aktuelles Programm unter: www.bund.net/mv

Bitte vormerken:

AbL Baden-Württemberg Mitgliederversammlung

26. März 2006
Mehr Infos in der März-Ausgabe!

AbL Landesverband Niedersachsen
Frühjahrstagung

am Sonntag, den 26. Februar 2006 von 10.00 bis 16.00 Uhr
im Hotel „Grüner Jäger“ in der Bremer Str. 48 in Verden

**Bäuerliche Landwirtschaft ohne Subventionen?
Macht der Markt es möglich?**

weitere Themen:
Gentechnik - neues Jahr - neue Herausforderungen!
NAU 2006 - was gibt es Neues?

Mitgliederversammlung ab 14.00 Uhr

Informationen: AbL Niedersachsen, Andreas Backfisch,
Tel. 05508-999989, Fax: -999245, andi.backfisch@gmx.de

Hof und Arbeit

● Suche Ackerland oder kleinen Hof zu pachten/Leibrente für Gemüseanbau. Bevorzugt im südlichen oder östlichen Schleswig-Holstein oder Nord/Westmecklenburg. Aber nicht Bedingung! Größe ca. 15-30 ha. Auch konventionelle Flächen. Bin für jeden Hinweis dankbar.
☎ 0174 3601187 (AB)

Maschinen und mehr

● Arbeitsgeräte und Kumat für Pferde z. B.

Gabelheuwender 3,2 m, Kartoffelvollsetzer, Kippwendepflug usw. abzugeben. Abnehmer für jährlich 50 t Biolanddinkel und Angus Schlachtochsen/Rinder gesucht.
Matthias Fries-Herbst, ☎ 06452-5217.

Tiermarkt

● Verkaufe laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse.
Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

Milchtagung 2006
Praktische Perspektiven für Milchbauern
 Interessen gegenüber Molkereien durchsetzen.
 Handlungsmöglichkeiten auf den Höfen nutzen

6. März 2006
 Katholische Landvolkshochschule Hardehausen (bei Warburg/NRW)

09.30 Uhr	Begrüßung
09.45 Uhr	<i>Martin Hofstetter, Universität Kassel: Wirtschaftliche Milchherzeugung bei Verzicht auf Höchstleistung</i>
10.30 Uhr	<i>Romuald Schaber, BDM-Vorsitzender: Wir kämpfen für einen Milchpreis, der die Kosten deckt</i>
11.45 Uhr	<i>Eckhard Heinemeier, Segelhorst: Die Entwicklung der Holstein-Frisian Herde Heinemeier – bis hin zu 100.000 Liter-Kühen als Ergebnis</i>
13.30 Uhr	<i>Dr. Holger Thiele, Bundesforschungsanstalt Kiel: Die neue Bewertung von Eiweiß und Fett und ihre Auswirkung auf den Milchpreis</i>
14.30 Uhr	<i>Henning Strodthoff, Greenpeace: Nachweisbarkeit Gentechnisch veränderter Futtermittel in Milch und Fleisch</i>
15.15 Uhr	<i>Josef Feilmeyer: Gentechnikfreie Fütterung ist möglich</i>
16.00 Uhr	Ende der Veranstaltung

Information: KLJB, Tel.: 02224-9465-26, fax: -9465-44
 Veranstalter: AbL - Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft
 KLJB - Katholische Landjugendbewegung
 Uni Kassel, Fachbereich Ökologische Agrarwissenschaften



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Wilster: Bernd Voß, Tel.: 048 23/85 05, Fax: 048 23/75 330
Sörup: Hinrich Lorenzen, Tel.: 046 35/21 41, Fax: 046 35/21 14
Plön: Matthias Stührwoldt, Tel.: 043 26/6 79, Fax: 043 26/28 91 47
Flensburg: Heiner Iversen, Tel.: 046 31/74 24, Fax: 046 31/38 52

Niedersachsen

Landesverband: Martin Schulz, Kosakenweg 29, 29476 Quickborn, Tel.: 058 65/98 83 60, Fax: 058 65/98 93 61
Heide-Weser: Karl-Heinz Rengstorf, Tel.: 042 33/6 69, Fax: 042 33/21 77 74
Elbe-Weser: Ada Fischer, Tel.: 047 23/32 01, Fax: 047 23/21 18
Wendland-Ostheide: Horst Seide, Tel.: 058 65/12 47
Südnieders.: Andreas Backfisch, Tel.: 055 08/99 99 89, Fax: 055 08/99 92 45

Mecklenburg Vorpommern / Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 0384 53/20 400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 038 41/79 1 27; Helmut Peters, Tel.: 038 454/20 2 15
Vorpommern: Albert Wittneben, Tel.: 039 604/2 68 59
Brandenburg: Cornelia Schmidt, Tel.: 038 79/1 25 18; Erich Degreif, Tel.: 03 32 04/3 56 48; Bernd Hüsgen, Tel.: 03 37 04/6 61 61

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 023 81/90 5 31 70, Fax: 023 81/49 22 21
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 052 41/5 70 69
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 054 04/52 64
Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 052 21/6 25 75
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 022 48/47 61

Hessen

Mittelhessen: Ernst-Günter Lang, Tel.: 064 41/7 55 02, Fax: 064 41/97 59 95
Nordhessen: Bernhard Wicke, Tel.: 056 65/14 03, Onno Poppinga, Tel.: 056 73/35 40

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Peterstraße 11, 54634 Bitburg, Tel./Fax: 065 61/6 04 93 00
Vorsitzender: Ewald Frisch, Tel.: 065 22/5 49, Fax: 065 22/93 36 36,
 E-Mail: abl.lv-rlp@web.de

Baden-Württemberg

Landesverband: Laubachtal 1, 88484 Gutenzell, Tel.: 073 52/89 28, Fax: 073 52/94 14 22
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 074 43/39 90;
Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 079 71/85 84
Bodensee: Anneliese Schmeh, Tel.: 075 53/75 29, Fax: 075 53/82 82 78
Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 075 28/78 40, Fax: 075 28/92 75 90

Bayern

Landesverband: Andreas Rimmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, Tel.: 086 79/64 74, Fax: 086 79/9 13 01 45, E-Mail: Abl-Bayern@web.de; www.abl-bayern.org
Regionalgruppe Pfaffenwinkel: Wolfgang Taffertshofer, Tel.: 088 47/8 04,
Regionalgruppe Chiemgau-Inn Salzach: Hans Urbauer, Tel.: 086 28/6 34, Ute Gasteiger, Tel.: 080 39/16 35
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, Tel.: 087 42/80 39
Franken: Gabriel Deinhardt, Tel.: 091 94/84 80

Sachsen/Thüringen

Landesverband: Jörg Klemm, Trassenweg 25, 09638 Lichtenberg, Tel.: 03 73 23/5 01 29, Fax: 03 73 23/1 58 64



Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 023 81/90 5 31 71, Fax: 023 81/49 22 21,
 E-Mail: info@abl-ev.de

Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 041 31/40 77 57, Fax: 041 31/40 77 58

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:

Adi Lambke, Tel.: 058 64/2 33; Anneliese Schmeh, Tel.: 075 53/75 29

Interessengemeinschaft Boden:

Mecklenburg: Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 038 41/79 12 73; Brandenburg: Bernd Hüsgen, Tel.: 03 37 04/6 61 61, Fax: 03 37 04/6 61 62

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Mute Schimpf, AbL-Bundesgeschäftsstelle, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 023 81/90 5 31 73, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: gentechnikfreie-landwirtschaft@abl-ev.de



Mitgliedsantrag

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 86,00 €
 Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 121,00 €
 Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ € zu zahlen
 Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 31,00 €
 Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 56,00 €
 Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Name, Vorname _____

Straße _____

PLZ, Wohnort _____

Telefon/Fax _____

E-Mail _____

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
 Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung
 Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum _____

Unterschrift _____

GENaue Betrachtungen

Stellen Sie sich vor: Ein multinationaler Konzern „hat das Patent auf Ultramarinblau angemeldet und Sie müssen Lizenzgebühren bezahlen für jegliche Verwendung dieser Farbe. Unvorstellbar? Selbst Lebewesen können patentiert werden – warum dann nicht auch Farben?! Ein Patent auf die Lichteigenschaften einer Farbe – ein Patent auf die Eiweißzusammensetzung einer Pflanze – wo ist da der Unterschied? Patente auf Leben werden unsere Zukunft verändern.“

Mit diesem Aufruf wandten sich die Bürgerinitiative für ein gentechnikfreies Schleswig-Holstein und die BUKO Agrar-Koordination Hamburg im Frühjahr 2005 an den Bund Bildender Künstler Schleswig-Holstein und riefen KünstlerInnen zu GENauen Betrachtungen auf: Was bedeuten die gentechnischen Entwicklungen für unser Leben?

Daraus entstanden ist die Wanderausstellung „GENaue Betrachtungen“ mit Gemälden, Skulpturen, Objekten und einer Videoinstallation von 19 KünstlerInnen aus Dänemark und Schleswig-Holstein. Diese wurde im November im Einkaufszentrum Sophienhof in Kiel gezeigt und zog dort rund 6.000 Besucher an.

Zentraler als im adventlich gefüllten Einkaufszentrum hätte die Ausstellung kaum platziert werden können. Wirbt die Vollkornbäckerei nebenan mit Lust auf Genuss, bleiben Passanten am Eingang zum Ausstellungssaal geschockt stehen. Dort wacht Hugo, ein mannshoher Vogelmensch, den Eckhart Kowalke

bereits 1988 als Beispiel einer misslungenen Genmanipulation geschweißt hat. „Das ist für mich keine Kunst!“, entfährt es einem Herrn, der sich davon macht. Beherztere dringen in die Tiefen der Ausstellung vor; vorbei an einem gut sortierten Bücher- und Infotisch stehen sie dem dreiteiligen, sich drehenden und damit neukombinierenden Bildobjekt „Zweiseitig“ von Kay Prinz gegenüber. Auf diesem verwandelt sich

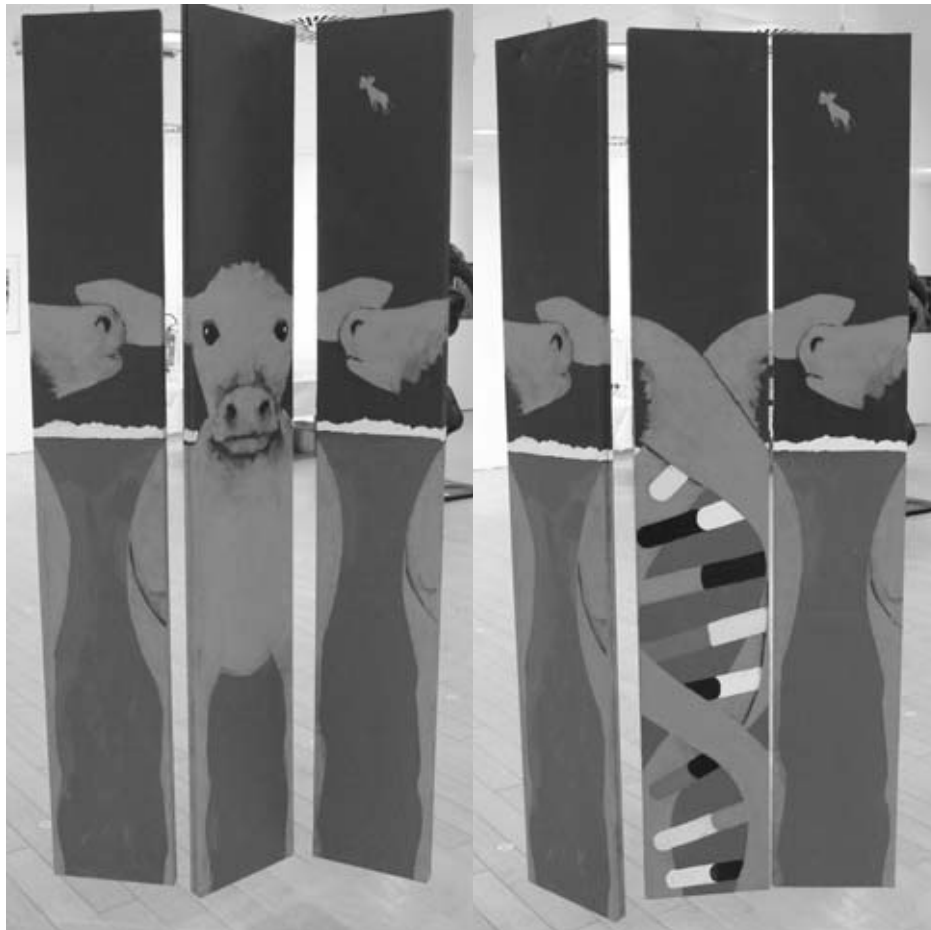
ein oranges Kalb in eine DNA-Kette mit Kälberohren – im Hintergrund eine dreiköpfige Kälbermutation. Verstümmelte, gequälte Kreaturen finden sich in vielen Werken. Doch nicht jedes erschließt sich sofort. Oft hilft die Bildunterschrift weiter. „Größer, schöner, wirtschaftlicher! Nur das Brauchbare darf leben“, schreibt Helmut Klein zu seiner „Erdbeere“. Zu Karin Fitzkes „Samenkorn“, das vor einer Baumsilhouette in einer Hand gehalten wird, heißt es:

„Die Natur muss vor kurzsichtigen materiellen Interessen geschützt werden.“

Leichtsinniger Umgang mit Nahrungsmitteln, gefährliche Gen-Pflanzen, Hunger und Patente sind weitere Themen. Hintergrundwissen vermittelt die Ausstellung „biopoly“ der BUKO Agrar Koordination zur genetischen Vielfalt in der Landwirtschaft. Bemerkenswert auch „Gardez“ – ein im Raum stehendes leeres Schachfeld, auf dem Sabine Neumann-Cleve Kunstrasen gegen natürliche Wiese antreten lässt mit der Frage: „Ist die Partie bereits gespielt oder beginnt sie erst?“ – Bauernopfer! schießt es mir durch den Kopf. Doch auf die aktuelle Situation der Bäuerinnen und Bauern in Deutschland geht die sehenswerte Ausstellung zur Gentechnik leider nicht näher ein. Da gilt es dann: Bauernstimme lesen!

we

Mehr Infos:
www.gentechnikfrei-sh.de und
www.bukoagrar.de



unabhängige Bauernstimme: für den genauen Blick

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36,- € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Jubiläumspreis von 15,- € bzw. 30,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetantin / des Abonnetanten Datum Beruf
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

**Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
oder Fax 02381 / 492221**